

Jakob Kapeller/Jakob Huber (Linz)

Politische Paradigmata und neoliberale Einflüsse am Beispiel von vier sozialdemokratischen Parteien in Europa

Ziel des vorliegenden Beitrages ist es, den Einfluss des Neoliberalismus auf (partei-)politische Programmatik zu analysieren. In diesem Kontext ermöglicht vor allem die programmatische Reaktion der Sozialdemokratie eine aussagekräftige Analyse – schließlich wäre es ein nicht zu unterschätzendes Kriterium für den Erfolg bzw. die Wirkmächtigkeit neoliberaler Hegemonie, wenn es gelingt, die Ausrichtung des zentralen traditionellen politischen Gegners liberaler Wirtschaftspolitik nachhaltig zu verändern. In diesem Sinne versucht dieser Beitrag die Wirkmächtigkeit neoliberalen Denkens durch einen panelhaft angelegten Vergleich der Programme vier sozialdemokratischer Parteien in Europa (Österreich, Deutschland, Schweiz und Großbritannien) zu illustrieren bzw. abzuschätzen. Zu diesem Zweck wird untersucht, ob sich zentrale wirtschaftspolitische Postulate sozialdemokratischer Parteien bezogen auf die Begriffe „Mensch“, „Markt“ und „Staat“ im Sinne des Neoliberalismus verändert haben. Es geht daher primär um die Frage, in welchem Ausmaß die viel diskutierte neoliberale Hegemonie Einfluss auf die grundsätzliche ideologische bzw. vor allem wirtschaftspolitische Ausrichtung der europäischen Sozialdemokratie ausübt.

Keywords: Sozialdemokratie, Parteiprogramme, Neoliberalismus, Hegemonie, Paradigma
social democracy, manifestos, neoliberalism, hegemony, paradigm

1. Einleitung: Hegemonie des Neoliberalismus und Sozialdemokratie

Neoliberalismus ist als gesellschaftliches und ökonomisches Phänomen in aller Munde. Gemeint ist damit meist ein ideologisch-theoretisches Konstrukt, dessen Entstehung auf den Beginn des 20. Jahrhunderts zurückgeführt werden kann (Walpen 2004). Der Neoliberalismus fußt dabei im Wesentlichen auf dem klassischen Liberalismus, dessen ökonomische Implikationen weitgehend übernommen wurden, während die damit verbundenen genuin politischen Postulate (wie etwa Rede- und Versammlungsfreiheit, Demokratie, Gewaltentrennung, gesellschaftliche Partizipation etc.) überwiegend nicht berücksichtigt bzw. als nachgeordnet angesehen werden (Ulrich 2002). In diesem Sinne kann der Terminus Neoliberalismus aus einer Perspektive des politischen Inhalts (*policy*) analytisch als reiner Wirtschaftsliberalismus verstanden werden.

Obgleich die Ideologie des Neoliberalismus zu Beginn nur eine marginale Rolle spielte, hat sie sich – nach ihren anfänglichen Erfolgen im Sinne politischer Durchschlagskraft im angelsächsischen Raum – zu einer weltweit dominierenden „Großideologie der Gegenwart“ (Ulrich 2002, 35) weiterentwickelt, die inzwischen auch in der kontinentalen europäischen Politik (Butterwegge 1998, Schui/Blankenburg 2002) und der Entwicklungspolitik (Stiglitz 2004) den gesellschaftlichen und politischen Diskurs dominiert. In diesem Zusammenhang hat das neoliberale Denken den gesamten politischen Prozess erfasst und mit einem neoliberalen Welt- und Politikbild durchdrungen. Es scheint daher auch legitim, von einer „neoliberalen Hegemonie“¹ zu sprechen.

Die Beiträge, die sich mit diesem Phänomen neoliberaler Hegemonie befassen, reichen von einer schroffen Kritik neoliberaler Ansätze (wie etwa in: Schui/Blankenburg 2002, Saad-Filho/Johnston 2005 oder Ulrich 2002) bis hin zur Lobpreisung neoliberaler Konzepte aufgrund ihrer wirtschaftspolitischen Brauchbarkeit (wie etwa in: Wilke 2003). Wie für die Analyse und Kommentierung zeitgeschichtlicher Kulturphänomene typisch sind viele der vorliegenden Arbeiten zum Thema intentional, im Sinne einer vorab vollzogenen Bewertung neoliberaler Ansätze, auf deren Basis die unterstellte hegemoniale Wirkmächtigkeit neoliberaler Theorien kritisiert oder belobigt wird.

Im Gegensatz dazu verfolgen wir Ziel, das Phänomen Neoliberalismus, oder genauer: den Einfluss des Neoliberalismus auf die (partei-)politische Programmatik, *sine ira et studio* zu analysieren. Ohne der zu untersuchenden neoliberalen Hegemonie a priori positive bzw. negative Folgewirkungen unterstellen zu wollen, geht es primär um die Frage, welchen Einfluss die zu konzederende hegemoniale Stellung neoliberaler Ideen nun tatsächlich auf die Gesellschaft bzw. ihre bewusste Gestaltung im politischen Kontext ausübt. Hier stellt sich allgemein betrachtet die noch unbeantwortete Frage, ob das neoliberale Weltbild auch die individuelle Weltsicht prägt, bzw. konkreter, inwieweit die metaphorischen Bilder von Individuum, Markt, Staat und Gesellschaft, die durch die neoliberale Ideologie vermittelt werden, zum gesellschaftlichen und politischen „*common sense*“ geworden sind.

Im Kontext politischer Interessenslagen scheint vor allem die inhaltliche, bzw. insbesondere die programmatische Reaktion der Sozialdemokratie eine aussagekräftige Analyse zu ermöglichen. Schließlich wäre es ein nicht zu unterschätzendes Kriterium für den Erfolg bzw. die Wirkmächtigkeit neoliberaler Hegemonie, wenn es gelingt die Programmatik des zentralen traditionellen politischen Gegners unregulierter Märkte bzw. liberaler Wirtschaftspolitik nachhaltig zu verändern. Insofern kann die langfristige Reaktion der Sozialdemokratie auf die neoliberale Hegemonie durchaus als Gradmesser für den „hegemonialen Erfolg“ des Neoliberalismus dienen und im Sinne einer wissenschaftlichen Fallstudie als „*critical case*“ interpretiert werden, der deduktive Aussagen ermöglicht: „Critical cases [can be used in order] to achieve information that permits logical deductions of the type, ‚if this is (not) valid for this case, then it applies to all (no) cases‘“ (Flyvberg 2006, 12).²

Freilich ist der programmatische Wandel der europäischen Sozialdemokratie ein bereits viel beachtetes politisches Phänomen. Politische Postulate, die eine Neuorientierung der traditionellen Sozialdemokratie an einem „Dritten Weg“ zwischen Staatssozialismus und freier Marktwirtschaft einfordern (als Vorreiter vgl. Giddens 1997; 1998) nehmen dabei ebenso prominenten Raum ein, wie die Kritik eben dieser Forderungen als vermeintliche Selbstaufgabe sozialdemokratischer Ideale (vgl. beispielhaft Przeworski 2001). In Anlehnung an diese sehr grundsätzlichen Überlegungen lassen sich auf der Ebene der politischen Pragmatik, also der Alltags- und Tagespolitik sozialdemokratischer Parteien, eine Reihe nationaler Sonderwege identifizieren, die durch ihren unterschiedlichen Umgang mit den aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen gekennzeichnet sind und die unter der Phrase der *multiple third ways* subsumiert werden (vgl. Merkel 2001).

Parallel zu diesem wiederum häufig intentional geführten und daher oft eher *politischen* denn *politikwissenschaftlichen* Diskurs rund um die ideologische Ausrichtung des Dritten Weges (vgl. Kersbergen 2003) existieren eine Reihe von (unterschiedlichen) Versuchen, den Wandel der sozialdemokratischen Parteienlandschaft im Rahmen der vergleichenden Parteien- und Wohlfahrtsstaatsforschung theoretisch zu erfassen. Dabei werden unterschiedliche Konvergenzpunkte des hier diskutierten Wandels identifiziert: So wird einerseits eine sukzessive Anpassung

der sozialdemokratischen Programmatik an die traditionelle Ausrichtung der christdemokratischen Parteien konstatiert (vgl. Seeleib-Kaiser 2002, Seeleib-Kaiser et al. 2005). Andererseits wiederum wird der aktuelle programmatische Wandel als Gegenstrategie zum mittlerweile vorherrschenden konservativen bzw. christdemokratischen Gesamtkonzept von Sozialpolitik und Wohlfahrtsstaat im Sinne der Esping-Anders'schen Typologie (Esping-Andersen 1990), also als eine Art „Rückbesinnung“ auf eine sozialdemokratische Politik jenseits des Dritten Weges, verstanden (als Vertreter der letztgenannten Position siehe Kersbergen/Hemerijck 2004).

Zuvorderst ist der vorliegende Beitrag als Versuch zu verstehen, die Analyse sozialdemokratischer Programmatik – vor allem im deutschsprachigen Raum – transparenter und systematischer zu gestalten und gemeinsame Entwicklungslinien zu identifizieren. Durch die Eingrenzung der Analyse auf drei zentrale konzeptionelle Begriffe – Mensch, Markt und Staat – können Grundlagen des sozialdemokratischen Weltbildes analysiert werden, die meist eine wesentlich langeligere und einprägsamere Wirkung aufweisen als oft schnell vergängliche politische Forderungskataloge. Nichtsdestotrotz ist es wohl letztendlich vom Standpunkt der Betrachterin abhängig, welche Position in der theoretischen Debatte durch die hier vorliegenden empirischen Resultate gestärkt oder geschwächt wird. Einen entscheidenden Hinweis zugunsten einer der vorliegenden theoretischen Interpretationen liefert die vorliegende Studie zwar nicht³, jedoch sprechen die empirischen Resultate an sich wohl eher für jene Gruppen und Personen, die ganz allgemein gesprochen der Sozialdemokratie nachsagen, sie sei nach „rechts“ gewandert, also konservativer und/oder (neo)liberaler geworden.

Auf Basis der methodischen Ausgangssituation, die Reaktion der Sozialdemokratie als *critical case* in der Frage der politischen Reichweite der Hegemonie des Neoliberalismus zu interpretieren, versucht die vorliegende Arbeit die Wirkmächtigkeit neoliberaler Theorie und Ideologie auf die parteipolitische Programmatik der Sozialdemokratie in einer engeren und auf die gesellschaftlich wirksamen Bilder und Metaphern (nach Lakoff/Johnson 2004) in einer weiteren Interpretation qualitativ⁴ zu analysieren.

2. Neoklassische Axiome, neoliberale Postulate und gesellschaftliche Bilder der Wirklichkeit

Im Zusammenhang mit der theoretischen Positionierung des Neoliberalismus werden zentrale, immer wiederkehrende Argumentationsmuster verwendet. Diese Muster bringen zum einen die neoliberale Ideologie auf den Punkt und sind somit ein brauchbarer Ausgangspunkt für eine vergleichende, inhaltsanalytische Herangehensweise. Zum anderen sind sie häufig aus der global dominierenden Schule der Ökonomie – der Neoklassik – entlehnt. Diese hier unterstellte Parallele zwischen neoliberalen Postulaten und neoklassischen Axiomen bzw. Resultaten trägt nicht nur zur Festigung der neoliberalen Hegemonie durch Unterstützung mittels akademischer ExpertInnenmacht bei, sondern dient auch als wesentlicher Argumentationslieferant im öffentlichen Diskurs. So werden neoliberale Grundforderungen, wie etwa der „*Vorrang für den Markt*“, regelmäßig unter Verwendung eines ökonomisch-neoklassischen Begriffsinstrumentariums („unsichtbare Hand“, „Intelligenz des Marktes“ ...), mit Rückendeckung ökonomischer Allstars à la Adam Smith, David Ricardo oder John Stuart Mill oder auch mittels eines Verweises auf ein gängiges Ökonomielehrbuch untermauert:

Wie der Marktmechanismus das Verhalten der Wirtschaftssubjekte auf eine optimale Lösung hinsteuert, lässt sich am Beispiel des Ausgleichs zwischen Angebot und Nachfrage über flexible Preise im neoklassischen Gütermarktmodell zeigen. (Wilke 2003, 50)

Beim Studium der Volkswirtschaftslehre werden Sie begreifen, dass Preise die Instrumente sind, mit denen die unsichtbare Hand die wirtschaftliche Aktivität dirigiert. [...] Preise führen die individuellen Entscheidungsträger zu Ergebnissen, die in vielen Fällen auch die soziale Wohlfahrt maximieren. (Mankiw 2004, 12)

Aus dieser Perspektive scheint es – ohne den verantwortlichen ForscherInnen pauschal eine ideologische Intention unterstellen zu wollen – durchaus legitim, die neoklassische Ökonomie als „akademische Zwillingsschwester“ neoliberaler Ideologie zu interpretieren.

In der Tat existieren auf der Ebene gesellschaftlicher Metaphern und Bilder teilweise erstaunliche Parallelen zwischen neoklassischer Theorie und neoliberaler Ideologie (vgl. Ötsch 2009). Neben der wenig überraschend quasi identischen Einschätzung und Darstellung in Bezug auf die organisationalen Qualitäten des Marktes existiert auch eine Parallele in Bezug auf die Vorstellung von Gesellschaft: So sind die atomistischen und sozial isolierten *homines oeconomici* der ökonomischen Theorie gemeinsam nicht mehr als ihre bloße Aggregation – ganz im Sinne von Margaret Thatchers klassischem Diktum „there is no such thing as society“. Der Staat, der in der neoliberalen Diktion auf eine bloße Rahmenfunktion zur Beseitigung drastischer Extreme (Gewalt, absolute Deprivation etc.) degradiert wird, ist im Rahmen der neoklassischen Logik notwendigerweise, nämlich *definitionsgemäß*, also per Axiom dem effizienten Konkurrenzmarkt untergeordnet.⁵ Das Individuum hingegen ist der sprichwörtliche Nabel der neoliberalen Welt: Gelebtes Eigeninteresse und die dabei erbrachten Leistungen werden als vorrangige Bestimmungsgrößen für den Wert und die Stellung des Einzelnen in der Gesellschaft begriffen (ausgedrückt etwa durch den Lohnsatz, genau wie es in der neoklassischen Grenzproduktivitätstheorie behauptet wird), passive Freiheit – also das Recht, von niemandem an dem gehindert zu werden, was man von sich aus tun kann – ersetzt andere Formen der „Metapher vom zwischenmenschlichen Umgang“ wie christliche Nächstenliebe, solidarisch motiviertes Mitgefühl, familiäre Verantwortung oder gegenseitige Rücksichtnahme. Das neoliberale Individuum ist in diesem Sinne ein/e autarke/r und selbstverantwortliche/r EinzelgängerIn. Parallel dazu ist das Individuum in der neoklassischen Fiktionswelt schließlich ein kalkulierend-egoistisches Wesen mit vollständiger Information und schier unfassbarer Rechenkapazität, das gerade durch diese Eigenschaften eine psychologische und ökonomische Autarkie postuliert und damit die Fähigkeit zur Selbstverantwortung systematisch absichert.

The hedonistic conception of man is that of a lightning calculator of pleasures and pains, who oscillates like a homogenous globule of desire of happiness under the impulse of stimuli that shift him about the area, but leave him intact. He has neither antecedent nor consequence. He is an isolated, definitive human datum [...] Self-imposed in elemental space, he spins symmetrically about his own spiritual axis. (Veblen 1908, 389)

Der hier angedeutete „metaphorische Gleichschritt“ von neoklassischer Theorie und neoliberaler Ideologie ist zwar entscheidend, für die vorliegende Arbeit aber nur insofern von Bedeutung, als diese Parallelität zur analytischen Konkretisierung neoliberaler Postulate genutzt werden kann, indem potenziell erkenntnisträchtige Tendenzen innerhalb der sozialdemokratischen Programmatik nicht bloß mit einer – häufig diffusen – neoliberalen Parole, sondern auch mit einer – im

Detail ausgearbeiteten – korrespondierenden Aussage bzw. Metapher aus der neoklassischen Ökonomie verglichen werden können.

Es erscheint im Sinne der gewählten Methode und der Vergleichbarkeit der Tendenzen in den einzelnen Programmen, zentrale Bezugspunkte, auf welche sich die Untersuchung fokussiert, festzulegen:

Abb. 1: Übersicht der zu analysierenden Bezugspunkte in Neoklassik und neoliberaler Ideologie.

	Neoklassisches Axiom	Neoliberales Postulat	Neoliberale Parole(n)
Der Mensch	...ist eine rational kalkulierende, sozial isolierte, fungible und vollständig über seine Umwelt informierte, nutzenmaximierende Entität.	...sollte möglichst selbstständig und auf sich allein gestellt agieren können und seinen natürlichen Antrieb (Egoismus) ausleben.	„Die Menschen sollen ihr Leben selbst in die Hand nehmen und sind für sich selbst verantwortlich!“
Der Markt	...ist die einzige effiziente und gerechte Institution zur Organisation ökonomischer Prozesse. *	...sollte aufgrund seiner Effizienz und der Eigenschaft, Eigennutzen (private vices) in Gemeinnutzen (public benefits) zu verwandeln, der zentrale ökonomische Mechanismus sein.	„Mehr Markt, da er überlegen ist!“
Der Staat	...ist aus ökonomischer Perspektive im besten, aber unwahrscheinlichen, Falle gerade so gut wie der effiziente Markt.	...sollte (daher) nur in ganz wenigen, dezidiert nicht marktförmig organisierbaren Lebensbereichen intervenieren.	„Weniger Staat – keine staatliche Wirtschaftsaktivität – keine Schulden!“

* „Gerecht“ ist hier im Sinne einer Pareto-optimalen und der Grenzproduktivität der Einsatzfaktoren Rechnung tragenden Allokation zu verstehen.

Die in der Tabelle rechts angeführten „neoliberalen Parolen“ vom selbstverantwortlichen Menschen, dem effizienten Markt und dem schlanken Staat geben eine klare Orientierung für den inhaltlichen Fokus der vorliegenden Analyse. Diese Auswahl beruht auf einer bewussten Eingrenzung: „Der Mensch“ ist das einzige handlungs- und entscheidungsfähige Subjekt, egal welche Rolle es einnimmt – ob soziales Individuum, KonsumentIn, ProduzentIn, ArbeiternehmerIn, politischeR EntscheidungsträgerIn und damit auch AdressatIn der Politik. „Der Markt“ ist spätestens seit der Industrialisierung die vorherrschende Organisationsform der wirtschaftlichen Aktivitäten der AkteurInnen. Mit dem Zerfall der meisten Planwirtschaften hat die Marktwirtschaft heute weltweit eine Monopolstellung, die nur ab und an von wohlfahrtsstaatlichen Ambitionen infrage gestellt wird. „Der Staat“ als kollektiver Akteur steht in Beziehung zu Mensch und Markt. Er wird durch die Menschen legitimiert und bestimmt seinerseits, welches Handeln für die Menschen legitim ist – Mensch und Staat beeinflussen sich daher wechselseitig. Durch sein Gewaltmonopol kann er Rahmenbedingungen vorgeben und deren Einhaltung überwachen. Der Staat kann so im Markt eine passive Rolle einnehmen oder selbst als Anbieter, Nachfrager oder regulierende Instanz aktiv auftreten.

Im Folgenden soll das jeweils aktuelle mit dem 1980, also noch vor dem „neoliberalen Turn“, gültigen Grundsatzprogramm der sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Parteien

Österreichs, Deutschlands, der Schweiz und Großbritanniens in Bezug auf positive und normative Aussagen und Metaphern zur Rolle von Mensch, Markt und Staat vergleichend analysiert werden. Haben sich durch das Aufkommen des Neoliberalismus auch die Begriffsinterpretationen und gedanklichen Bilder seiner GegnerInnen transformiert? Wie hat sich die Rolle, die Mensch, Markt und Staat als AkteurInnen aus Sicht der Sozialdemokratie in der Gesellschaft einnehmen sollten, verändert? Insbesondere aber: Wo wird auf neoklassische Axiome bzw. neoliberale Bilder Bezug genommen (und welche alternativen Annahmen wurden dadurch verdrängt)?

Dabei geben wir uns nicht der Illusion hin, dass Parteiprogramme ein realistisches und wörtlich zu verstehendes Bild von der politischen Ausrichtung einer Partei liefern (vgl. Berchtold 1967, Flohr 1968). Vielmehr sind programmatische Dokumente im vorliegenden Kontext nur im Rahmen eines panelhaft angelegten Vergleichs sinnvoll als Analysegegenstände zu verwenden, da so eine spezifische Relation konstruiert werden kann, die den Fokus auf die Dynamik des Programms – also auf Veränderungen und die Frage, wie derartige Veränderungen zustande kommen – richtet (vgl. Pelinka 1979, 16f.). Diese Dynamik ist ihrerseits wiederum geeignet, gewisse politische Trends zu illustrieren und so konkret fassbar zu machen.

3. Methodische Vorbemerkungen

Wie oben bereits angedeutet wurden im Laufe der panelartig angelegten Inhaltsanalyse, die nach gängigen methodischen Kriterien für qualitative Inhaltsanalysen durchgeführt wurde (vgl.: Mayring 2002; 2003), die im Jahr 1980 gültigen Parteiprogramme mit den heute gültigen verglichen, um etwaigen begrifflichen und inhaltlichen Veränderungen auf die Spur zu kommen. Da sich sowohl die jeweiligen „Programmkulturen“ in verschiedenen Ländern als auch der Zeitpunkt der Beschlussfassung zum Teil wesentlich unterscheiden, seien hier einige klärende Vorbemerkungen zur Auswahl der Programme und den Programmen selbst dargestellt.

Die Auswahl der Programme suchte zuerst den deutschsprachigen Raum zu erfassen (Deutschland, Schweiz, Österreich) und mit einem Vergleichsfall (Großbritannien) zu kontrastieren. Die Wahl der Labour-Party als Vergleichspartei basiert auf verschiedenen Überlegungen: Zum einen war es so möglich, zusätzlich zu einem Land mit einer Konzentrationsregierung (Schweiz), auch ein politisches System mit Mehrheitswahlrecht in die Analyse aufzunehmen. Zum anderen liefert die Integration von Großbritannien in das vorliegende Panel Implikationen für theoretisch und empirisch interessante Fragen, wie beispielsweise, ob auch die traditionell „liberalste“ Partei der europäischen Sozialdemokratie noch eine relevante konzeptionelle Transformation durchgemacht hat. Zusätzlich ergeben sich Einsichten zur Natur des Dritten Weges: Unterscheidet sich dieser tatsächlich substanziell von neoliberalen Politikvorschlägen? Inwieweit fungiert er als „*role-model*“ für die europäische Sozialdemokratie oder anders gefragt: Ist die hier unterstellte „Hegemonie des Neoliberalismus“ bloß eine falsch interpretierte gemeinsame Tendenz hin zur einen „neuen Sozialdemokratie“ auf Basis des Dritten Weges? Diesen Fragen etwas näher zu kommen und zugleich eine umfassende Bestandsaufnahme des programmatischen Wandels der Sozialdemokratie im deutschsprachigen Raum vorzulegen liegt der Auswahl unseres Samples zugrunde.

Während in Österreich die relevanten Programme 1978 (unter Bruno Kreisky) und 1998 (unter Viktor Klima) beschlossen wurden und somit ein direkter Vergleich zweier direkt aufeinanderfolgender Parteiprogramme möglich ist, gestaltet sich die Situation in Deutschland etwas

komplizierter. Hier wurde das 30 Jahre (1959–1989) lang gültige „Godesberger Programm“ mit dem aktuellen und auf dem jüngsten Parteitag beschlossenen „Hamburger Programm“ (2007) verglichen. Das 1989 beschlossene und 1998 revidierte „Berliner Programm“ wurde hingegen aufgrund seiner zeitlichen Lage aus der Analyse ausgeklammert. Auch in der Schweiz ist die Struktur unseres Panels eine andere, da hier das heutige Parteiprogramm aus dem Jahre 1982 stammt (mittlerweile also seit über 25 Jahren gültig ist⁶) und damit unsere zeitlich definierten Untersuchungskriterien gerade noch erfüllt. Dieses wird mit dem zuvor gültigen Programm aus 1959 verglichen. Aufgrund dieser zeitlichen Unterschiede sind im Fall der Schweiz abweichende Ergebnisse zu erwarten, da die Rolle des Neoliberalismus 1982 sicherlich noch eine andere war als etwa 1998 oder 2007. Großbritannien wartet schließlich mit der größten Besonderheit auf, da die britische Labour Party gänzlich auf klassische „Partei-Programme“ verzichtet. Die bedeutendsten programmatischen Dokumente sind daher die – zu jeder Wahl neu verfassten – Wahl-Manifeste⁷, die dementsprechend häufig erscheinen und sich zum Teil stark unterscheiden. Hier wurden – gemäß den zuvor festgelegten zeitlichen Kriterien – die Manifestos von 1979 (unter James Callaghan) und 2005 (unter Tony Blair) verglichen.

Abb. 2: Übersicht über zeitliche Lage der zu analysierenden Programme.

Partei	Gültiges Programm 1980	Gültiges Programm 2007	nicht analysierte Programme
SPÖ	1978	1998	-
SPD	1959	2007	1989
SP-PS	1959	1982	-
(New) Labour	1979	2005	1983, 1987, 1992, 1997, 2001

Im Rahmen der konkreten Durchführung interessierten uns neben der verbalen Erfassung der Änderungen und Begrifflichkeiten, deren Detailanalyse zu einem über 100 Seiten starken Interpretationsbericht⁸ geführt hat, auch die generelle „politische Einordnung“ der zum Ausdruck gebrachten „Bilder von Mensch, Markt und Staat“. Wir orientierten uns in diesem Zusammenhang bewusst nicht am allgemeinen Erscheinungsbild der Programme, sondern versuchten die relevanten Paraphrasen und Kernaussagen nur bezogen auf die von uns untersuchten Dimensionen entkontextualisiert in einer politischen Interpretation und Klassifizierung zu systematisieren.

In Abhängigkeit von den im jeweiligen Programm artikulierten wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Grundpositionen erfolgt daher eine Einordnung in einer „Skala der politischen Attitüden“. Da es hierfür keine anerkannten Messinstrumente gibt, blieb es den Autoren überlassen, für diese Zweck eine geeignete Skala zu definieren, um einen – wenn auch nur skizzierten – Überblick über den Umfang der länderspezifischen Veränderungen zu geben. Dabei wurden für die jeweiligen Skalenenden politische Systeme gewählt, die von einem „absoluten Prinzip“ geregelt werden (im Falle des Marktes beispielsweise Anarchokapitalismus und Planwirtschaft), und zwischen diesen Polen fünf weitere Abstufungen eingerichtet, die gängigen „Systembegriffen“ bzw. Weltanschauungen entsprechen und trotz oder gerade wegen ihrer Unschärfe zur Etikettierung der durch die Inhaltsanalyse herausgearbeiteten politischen Grundpositionen geeignet scheinen. Die Skalen haben im Detail folgende Form:

Abb. 3: Pole politischen Denkens und ihre Abstufungen in Bezug auf die Dimensionen „Mensch-Markt-Staat“ (eigene Darstellung)

	Mensch (individualistisches vs. kollektivistisches Menschenbild)	Markt (Markt als Lebensprinzip vs. destruktives Prinzip)	Staat (Staat als Leviathan vs. Primat der Politik)
1	Homo homini lupus	Markt als Universalprinzip (Anarchokapitalismus)	Kein Staat
2	Homo oeconomicus	Markt als Universalprinzip exkl. Gewaltmonopol (freie Marktwirtschaft)	Nachwächterstaat
3	Homo oeconomicus und paternalistische Fürsorge	Markt ist überlegen aber verteilt nicht unbedingt gerecht und bedarf eines politischen Rahmens (sozialliberal)	Liberaler Sozialstaat nach Esping-Andersen (1990, 1999)
4	Mensch ist „dem Schicksal ausgeliefert“ und muss gegen (soziale) Risiken gemeinschaftlich abgesichert werden	Markt ist nicht überlegen, aber akzeptabel und bedarf einer politischen Korrektur (ökosoziale Marktwirtschaft)	Wohlfahrtsstaat (konservativer/sozialdemokratischer nach Esping-Andersen 1990, 1999)
5	Mensch als „Gemeinschaftstier“ (Primat des Sozialen)	Markt ist akzeptabel aber in Kombination mit dem Faktor Kapital bedrohlich (Marktsozialismus)	Wohlfahrtsstaat mit verstaatlichter Industrie
6	Selbstverwirklichung des Menschen in der bzw. durch die Gemeinschaft als oberstes Credo	Markt ist ausbeuterisch, ineffizient und in Konflikt mit der Demokratie (marxist. Reformismus)	Wohlfahrtsstaat mit verstaatlichter Industrie und ArbeiterInnenselbstverwaltung
7	„neuer Mensch“	Markt ist ausbeuterisch und imperialistisch (Planwirtschaft)	Rätedemokratie; zentrale Planung der Ökonomie

Mittels dieser Skalierung hoffen wir die Veränderungen in den Programmen zusammenzufassen und einen schnellen und informativen Überblick geben zu können. Durch die damit verbundene inhaltliche Reduktion gehen klarerweise eine Reihe wichtiger Informationen und Details verloren. Die entsprechenden „numerischen“ Resultate sind deshalb mit der gebotenen Vorsicht zu interpretieren und haben allgemein eher einen illustrativ-strukturierenden Charakter.

4. Interpretation I: SPÖ

4.1 Der Mensch und die SPÖ

Die wesentliche Modifikation im Menschenbild der österreichischen Sozialdemokratie betrifft die Gestaltung des Arbeitslebens: Während 1978 die freie Entfaltung der Persönlichkeit – sowohl in der Freizeit als auch im Rahmen der Erwerbstätigkeit – im Vordergrund steht, liegt der inhaltliche Schwerpunkt 1998 auf der sozialen Inklusion von Menschen, die durch Beteiligung am System der (kapitalistischen) Erwerbsarbeit sichergestellt werden soll. In diesem Sinne ist, auch

wenn die Rhetorik beider Programme eine ähnliche Schlagseite hat, ein Bedeutungswandel hinsichtlich des Primats menschlicher Arbeit zu erkennen. Während 1978 die zentrale Botschaft lautet, dass die Wirtschaft sich den Menschen unterordnen muss, um ein erfülltes Leben gewährleisten zu können, ist 1998 die bloße Partizipation an der Arbeitswelt das zentrale Kriterium. Damit verändert sich die Sichtweise des Verhältnisses zwischen Wirtschaftssystem und Mensch, die ersteres zuerst als Problem und dann als Voraussetzung betrachtet. Eine Konstante beider Programme ist die Notwendigkeit, Menschen gegenüber individuellen Risiken solidarisch abzusichern:

Die Sozialisten wollen eine Gesellschaftsordnung [...] deren Ziel die freie Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit in der Gemeinschaft ist. (SPÖ 1978, 35)

Für die Überwindung des kapitalistischen Lebensbegriffes durch eine neue ‚Wertigkeit der Arbeit‘, die diese als einen Teil der Selbstverwirklichung der Menschen ansieht. (SPÖ 1978, 67)

Unser zentrales Ziel ist freilich das Sichern und Schaffen von bezahlter Erwerbsarbeit, die den Lebensunterhalt sichert und die Chance für ein sinnerfülltes Leben vergrößert. Wir bekennen uns daher zum Recht auf Arbeit. (SPÖ 1998, 3)

Im Sinne der oben eingeführten Skala der politischen Attitüden bedeutet die Betonung der Gemeinschaft als Voraussetzung für die Erfüllung der zentralen Zieldimension – individuelle Selbstverwirklichung – eine Klassifizierung des Mensch-Begriffs im Programm von 1978 mit dem Wert „6“. 1998 ist die Absicherung der Menschen vor sozialen Risiken prioritär und wird als Bedingung für die Freiheit des/der Einzelnen betrachtet. In diesem Sinne zieht sich die SPÖ hier auf eine Position zurück, die primär um die Eindämmung individueller Lebensrisiken (also eine „4“ im Rahmen unserer Gliederung) bemüht ist.

4.2 Der Markt und die SPÖ

Die Position der SPÖ unter Kreisky ist geprägt von einer starken Skepsis gegenüber dem Markt und seinen gesellschaftlichen Wirkungen. Ausgehend von den Prämissen, dass die „entscheidenden Merkmale“ des Kapitalismus geblieben sind (Entscheidung aufgrund von Gewinnerwartungen und Konkurrenzdruck anstelle gesellschaftlicher Planung; vgl. SPÖ 1978, 41), seine Krisenanfälligkeit eklatant ist und die Produktion ohne Bedachtnahme auf die Bedürfnisse der Menschen geplant wird, gibt es seitens der SPÖ kein Vertrauen gegenüber marktwirtschaftlicher Aktivität:

Gesellschaftliche Bedürfnisse werden in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung übergangen, wenn deren Befriedigung keinen Gewinn verspricht. [...] Auch heute in der modernen Industriegesellschaft, sind Gewinn und unkontrolliertes Wachstum, nicht aber die Erfüllung der Bedürfnisse der Menschen, Triebkraft der Wirtschaftsentwicklung. (SPÖ 1978, 41)

Im Gegenteil: Die Krisenanfälligkeit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die letztlich überwunden werden muss, ist Quelle der meisten gesellschaftlichen Probleme und gefährdet die Errungenschaften des Staates bzw. der Arbeiterklasse: „Aber der Wohlfahrtsstaat ist durch die Krisenanfälligkeit der kapitalistischen Wirtschaft bedroht.“ (SPÖ 1978, 46)

Die SPÖ sieht sich daher als eine zentrale gesellschaftliche Kraft, die für eine „Entmythisierung“ des Marktes in seiner neoklassisch-liberalen Interpretation eintreten muss:

Deshalb stellt sich den Sozialisten nach wie vor die historische Aufgabe, der konservativen Illusion von den Selbstheilungskräften der Marktwirtschaft eine klare Analyse der wirklichen Krisenursachen entgegenzustellen. (SPÖ 1978, 42)

Zwanzig Jahre später ist allerdings auch für die SPÖ der Mythos von den Selbstheilungskräften zur alternativenlosen Realität geworden: Als wesentliche „Krisenursache“ bzw. eigentlich Funktionsstörung des Marktes wird im Rahmen des Programms von 1998 eine mögliche Kartell- oder Monopolbildung angegeben. Ziel ist also nicht mehr, die Marktwirtschaft zu überwinden, sondern ihr reibungsloses Funktionieren zu gewährleisten und in diesem Sinne politisch zu handeln. Dabei ist interessanterweise die neoklassische Kernaussage bezüglich des Segens der Märkte mit vollkommener Konkurrenz, nämlich „*private vices*“ in „*public benefits*“ zu verwandeln und auf diese Weise ein Maximum an Wohlfahrt zu generieren, nahezu wörtlich zu finden:

Funktionierende Märkte und fairer Wettbewerb leisten einen wichtigen Beitrag zur Förderung des Wohlstands durch ihren Zwang zu effizienter und preiswerter Erbringung von Leistungen und Gütern im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher. Wir treten daher für offene Märkte und gegen bestehende und neue Monopole mit ihren Nachteilen und Kosten ein. Ein modernes Wirtschafts- und Kartellrecht hat daher die Aufgabe, das Funktionieren des Marktes zu gewährleisten. (SPÖ 1998, 9)

Das neoklassisch-liberal dominierte „Bild des Marktes“ hat zu einem drastischen Paradigmenwechsel in der inhaltlichen Analyse und programmatischen Ausrichtung der Sozialdemokratie geführt. Dass diese Wandlung eine fundamentale und alle relevanten Aspekte umfassende ist, zeigt etwa ein kurzer Blick auf die jeweiligen Positionen zum KonsumentInnenchutz. Dessen Zweck ist 1978 im Wesentlichen der gesundheitliche und rechtliche Schutz gegenüber den Auswirkungen marktwirtschaftlicher Aktivität, die 1998 – gewandelt vom Problemverursacher zum Problemlöser – nun als zentrales und vorrangiges Instrument des KonsumentInnen schutzes verstanden wird.

Für mehr Recht und Aufklärung für die Konsumenten. Für Schutz vor schädlichen Produkten. Für die Produktion von Waren, die nicht geplantem Verschleiß unterliegen [...]. Für das Recht auf objektive Information über Preis, Qualität und Quantität und für den Schutz vor Manipulation durch Werbung. Für ständige Preisüberwachung [...]. (SPÖ 1978, 60)
Die Instrumente der Konsumentenpolitik sind vielschichtiger geworden: Die Förderung von Wettbewerb und Transparenz hat besonders in bislang abgeschotteten Marktnischen an Bedeutung gewonnen [...]. (SPÖ 1998, 15)

Auch aus einer sozialphilosophischen Perspektive wird der hier konstatierte Paradigmenwandel offensichtlich: So wird der Wettbewerb im SPÖ-Programm von 1978 weitgehend als für den Menschen schädlich, entsozialisierend und korrumpierend charakterisiert. Der kapitalistische Produktionsprozess führt zu Entfremdung von den Mitmenschen und kultureller bzw. politischer Gleichgültigkeit. Er verdeckt den Blick auf die eigentlich relevanten Dinge und Fragen: „Diese

auf Gewinn und Konkurrenz aufgebaute Wirtschaftsordnung setzt Eigennutz und Gleichgültigkeit an die Stelle von Kooperation und Solidarität“ (SPÖ 1978, 41).

Im Gegensatz hierzu mutiert der zuvor noch schädliche Einfluss von Konkurrenz und Wettbewerb im Programm von 1998 zum zentralen Benchmark für politischen bzw. zivilisatorischen Erfolg. Wettbewerb wird zur umfassenden Zieldimension der Politik. Auch hier lässt sich ein fundamentaler Paradigmenwandel bezüglich der Rolle des Marktes konstatieren:

Bildung und Ausbildung sind grundlegende Elemente einer Kultur des Zusammenlebens und der Toleranz sowie zugleich zentrale Voraussetzung, den Lebensstandard auch unter den Bedingungen weltweiten Wettbewerbs zu halten. (SPÖ 1978, 21)

Das Zusammenspiel dieser Eigenschaften bestimmt den Gesamterfolg unseres Modells im globalen Wettbewerb der Systeme. (SPÖ 1998, 10)

Dieser positive Wettbewerbsbegriff findet sich vor allem in der Form „wir gegen sie“, also eine Betonung des internationalen Wettbewerbs. Dieser hat ironischerweise nun eine inklusive Funktion, da er eine „patriotische Brücke“ zwischen eigentlich antagonistischen⁹ gesellschaftlichen Klassen zu Schaffen imstande ist:

Für uns ist der Mensch der Maßstab des Wirtschaftens. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Unternehmerinnen und Unternehmer haben ein gemeinsames Interesse an einer starken Wirtschaft [...]. (SPÖ 1998, 8)

Die zentrale politische Motivation der SPÖ 1978 ist die Krisenanfälligkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems, die letzten Endes überwunden werden muss – daher wird dieses Programm als „reformistisch-marxistisch“ klassifiziert (6). Davon weicht der Begriff des „Marktes“ 1998 massiv ab: Märkte funktionieren und sind organisational überlegen, garantieren aber nicht unbedingt eine sozial gerechte Verteilung. Daraus folgt eine Klassifizierung als „sozialliberal“ (3).

4.3 Der Staat und die SPÖ

Aufgrund der dezidierten Kritik an marktförmigen Wirtschaftsformen ist es wenig überraschend, dass die SPÖ 1978 ebenso fundamentale Alternativen zur Diskussion stellt. Gesellschaftliche bzw. zentrale Planung der Wirtschaftsaktivitäten und ein umfassender öffentlicher Sektor (inkl. Großindustrie und Großbanken) zur Ergänzung bzw. Ermöglichung einer derartigen Wirtschaftspolitik stehen im Zentrum der damaligen Perspektiven:

Die effiziente Bereitstellung von erwünschten Gütern und Leistungen ist nur dann gewährleistet, wenn der wirtschaftliche Prozess durch die planende Gesellschaft demokratisch bestimmt wird. [...] Überbetriebliche Planung soll sicherstellen, dass die Produktion an Wohlfahrtskriterien ausgerichtet wird, nicht nur an Wachstum und Gewinn. (SPÖ 1978, 53)

Welchen Beitrag ein großer gemeinwirtschaftlicher Sektor, vor allem die Verstaatlichung der Grundindustrie und Großbanken, zur Erhaltung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit und zur Sicherung der Vollbeschäftigung leisten kann, hat sich gerade in Österreich gezeigt. (SPÖ 1998, 53)

Auch im Programm des Jahres 1998 korrespondieren die dem Staat zugewiesenen Aufgaben mit dem geschätzten Potenzial des Marktes. Dem folgend spielen öffentliche AkteurInnen in der Wirtschaft nur eine eingeschränkte Rolle, im Wesentlichen gilt es das Funktionieren der Märkte zu gewährleisten und eine rudimentäre Absicherung im Sinne sozialer Gerechtigkeit zu schaffen.¹⁰ Der wirtschaftspolitische Paradigmenwechsel ist auch hier nachvollziehbar, selbst wenn er nicht ganz in derselben Intensität zur Geltung kommt.

Die Kräfte des Marktes allein sorgen jedoch nicht für eine gerechte Verteilung [...]. (SPÖ 1998, 7)

Der Staat hat für den Interessensausgleich in der Gesellschaft zu sorgen, um den sozialen Zusammenhalt und die soziale Sicherheit und damit das friedliche Zusammenleben der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. (SPÖ 1998, 20)

Die Haltung zu Privatisierungen ist dabei grundsätzlich ambivalent. Die Frage nach klaren Kriterien für die Abgrenzung der Notwendigkeit staatlichen Handelns von der Möglichkeit marktlicher Organisation bleibt jedoch offen:

Ob Leistungen gemein- oder privatwirtschaftlich erbracht werden, ist danach zu entscheiden, wer bei vergleichbaren arbeits-, sozial- und umweltrechtlichen Bedingungen die Anforderungen in Bezug auf Qualität, Effizienz und Wirtschaftlichkeit am besten erfüllt, wobei vor allem auch der gesamtgesellschaftliche Nutzen berücksichtigt werden muß. (36-3A-SPÖ98-S21A9)

Keynesianische Instrumente zur Beeinflussung der wirtschaftlichen Entwicklung werden in beiden Programmen als nützliche Option eingeschätzt (vgl. SPÖ 1978, 55 und SPÖ 1978, 9f.).

Die Klassifizierungsunterschiede im Bereich Staat ergeben sich durch die unterschiedliche Einschätzung (a) der verstaatlichten Industrie, (b) der demokratischen Gestaltung des Arbeitslebens (vgl. SPÖ 1978, 58) und (c) der Eingrenzung der Ziele sozialpolitischer Aktivität auf ein Motiv der „sozialen Friedenssicherung“, die sich im Wesentlichen mit der zentralen Motivation liberaler Fürsorgesysteme in der Logik der Esping-Andersen'schen Typologie (Esping-Andersen 1990; 1999) deckt. 1998 steht die SPÖ für einen liberalen Sozialstaat (3). Die Klassifizierung der SPÖ 1978 mit einem Wert von (6) ergibt sich dabei aus folgender Einschränkung des „Planungsanspruches“: „Eine langfristige Rahmenplanung, die für den Staat verbindliche Ziele enthält und für die Unternehmen eine wichtige Orientierung bietet. Ziele und Inhalt der Planung sind in einem demokratischen Prozess zu bestimmen.“ (SPÖ 1998, 58)

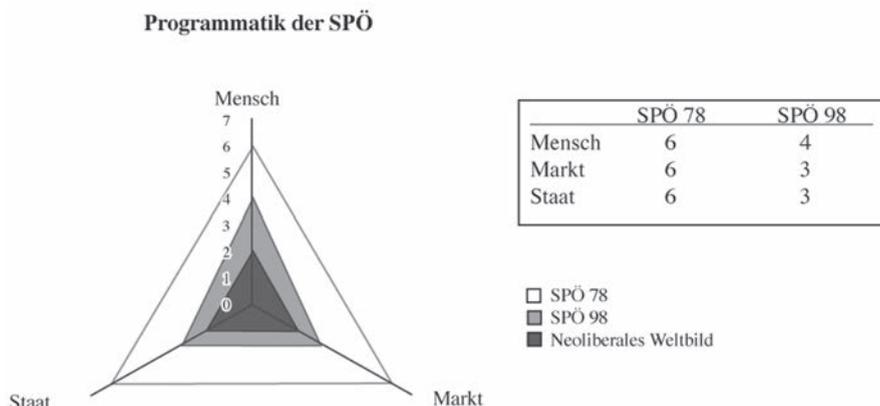
4.4 SPÖ: Ein Überblick

Die folgende Tabelle setzt die oben herausgearbeiteten Positionen nun in Relation zu unserem Skalenschema. Dass hier ein umfassender Paradigmenwandel stattgefunden hat ist – wie auch in den obigen Textstellen – soweit offensichtlich.

Der grafische Überblick zeigt deutlich, dass der Abstand des 1998er Programms von seinem Vorgänger stets größer oder gleich der verbleibenden Distanz zum neoliberalen Weltbild ist. Damit steht die SPÖ dem neoliberalen Weltbild – auf einer begrifflichen, die Bilder von Mensch, Markt und Staat betreffenden Ebene – näher als ihrem eigenen Programm von 1978, eine Inter-

pretation, die in dieser Form auch bzw. besonders durch die zitierten Passagen untermauert wird.

Abb. 4: Ergebnisüberblick – SPÖ



5. Interpretation II: Die SPD

5.1 Der Mensch und die SPD

Freie Persönlichkeitsentfaltung ist das zentrale Credo der SPD im Godesberger Programm von 1959, diese ist allerdings stark durch Gemeinschaft geprägt. Dementsprechend geschieht die Entfaltung des Individuums nicht im freien Raum, sondern muss mit seinem gesellschaftlichen Umfeld harmonisieren. Die Verantwortung, die den Menschen zukommt, ist demzufolge primär eine politische:

Die Sozialisten erstreben eine Gesellschaft, in der jeder Mensch seine Persönlichkeit in Freiheit entfalten und als dienendes Glied der Gemeinschaft verantwortlich am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben der Menschheit mitwirken kann. (SPD 1959, 3)
Wir streiten für die Demokratie. Sie muß die allgemeine Staats- und Lebensordnung werden, weil sie allein Ausdruck der Achtung vor der Würde des Menschen und seiner Eigenverantwortung ist. (SPD 1959, 4)

Die wesentlichste Bedeutungsverschiebung im Vergleich zum aktuellen Programm ist die erweiterte Breite des Terminus der „individuellen Verantwortung“. Dieser umfasst nun – neben Partizipation am politischen und gesellschaftlichen Diskurs – auch eine starke ökonomische und soziale Komponente, die die Selbstständigkeit des Menschen in den Mittelpunkt rückt:

Menschen tragen verschiedene Möglichkeiten in sich. Sie sind weder zum Guten, noch zum Bösen festgelegt. Sie sind vernunftbegabt und lernfähig. [...] Jeder Mensch trägt Verantwortung für sein Leben. Niemand kann oder soll sie ihm abnehmen. (SPD 2007, 7f.)

Menschen sind dabei – nicht zuletzt aufgrund der ihnen zugeschriebenen Verantwortung – teilweise bzw. im Wesentlichen *homines hominibus lupi*: „Menschen stehen nicht nur in Konkurrenz zueinander, sie brauchen einander“ (SPD 2007, 10).

Das Primat der Gesellschaft vor den individuellen Bedürfnissen, der 1959 das Programm prägte, wurde also begrifflich durch ein Bild vom Menschen ersetzt, die „nicht nur in Konkurrenz“ stehen, sondern einander auch ab und zu „brauchen“. Dieses Leitbild der Konkurrenz, das sprachlich nur auf Umwegen zum Ausdruck kommt, ist freilich ein überraschendes, inhaltlich aber sehr signifikantes Kleinod.

Mit dem Godesberger Programm (1959) bewegt sich die SPD – obwohl sprachlich die Betonung der Selbstentfaltung dominiert – in eine Richtung, die einen „neuen“ im Sinne von „mit mehr gesellschaftlichem und sozialem Bewusstsein“ ausgestatteten Menschen postuliert. Demzufolge erfolgt die Klassifikation mit einem Wert von 6,5. Davon weicht das Hamburger Programm von 2007 massiv ab: Primat der Konkurrenz und die Betonung einer umfassenden individuellen Selbstverantwortung begründen eine Klassifizierung mit 3.

5.2 Der Markt und die SPD

Die SPD bringt dem Markt bereits 1959 einiges an Vertrauen entgegen:

Freie Konsumwahl und freie Arbeitsplatzwahl sind entscheidende Grundlagen, freier Wettbewerb und freie Unternehmerinitiative sind wichtige Elemente sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik. [...] Totalitäre Zwangswirtschaft zerstört die Freiheit. Deshalb bejaht die Sozialdemokratische Partei den freien Markt, wo immer wirklich Wettbewerb herrscht. [...] Wettbewerb soweit wie möglich Planung soweit wie nötig! (SPD 1959, 8f.)

Dieses Vertrauen ist allerdings mit einem großen „aber“ versehen, dass sich auf alle größeren Unternehmungen bezieht. Hier wird nicht der Markt an sich als negativ, sondern vielmehr seine Kombination mit größeren Kapitalansammlungen als potenziell gefährlich bzw. krisenverursachend angesehen. Aus dieser Analyse ergibt sich eine konsequente marktsozialistische Position, die auch und vor allem dem politischen Einfluss des Großkapitals entgegentritt:

Wo das Großunternehmen vorherrscht, gibt es keinen freien Wettbewerb. [...] Mit ihrer durch Kartelle und Verbände noch gesteigerten Macht gewinnen die führenden Männer der Großwirtschaft einen Einfluß auf Staat und Politik, der mit demokratischen Grundsätzen nicht vereinbar ist. Sie usurpieren Staatsgewalt. Wirtschaftliche Macht wird zu politischer Macht. (SPD 1959, 9)

2007 hingegen ist die Skepsis gegenüber der Kombination von Märkten und Kapital nicht mehr in dieser Form auffindbar. Märkte werden als „überlegene“, aber „sozial und ökologisch blinde“ Organisationsform charakterisiert. Die Politik muss sich demnach um das Kontrollieren natürlicher Monopole und die Bekämpfung von Externalitäten bemühen:

Für uns ist der Markt ein notwendiges und anderen wirtschaftlichen Koordinierungsformen überlegenes Mittel. Der sich selbst überlassene Markt ist jedoch sozial und ökologisch blind. [...] Damit der Markt seine positive Wirksamkeit entfalten kann, bedarf er der Regeln,

eines sanktionsfähigen Staates, wirkungsvoller Gesetze und fairer Preisbildung. (SPD 2007, 9f.)

Für uns gilt: so viel Wettbewerb wie möglich, so viel regulierender Staat wie nötig. (SPD 2007, 24)

Einzig im internationalen Kontext, der für die Tagespolitik nur wenig Implikationen bietet, bleiben Vorbehalte gegenüber dem Großkapital und der damit verbundenen Machtkonzentration relevant:

Die wirtschaftliche Macht konzentriert sich in global agierenden Unternehmen, Banken und Fonds. Transnationale Unternehmen planen ihre Gewinnstrategien über alle Grenzen hinweg, sie unterlaufen demokratisch legitimierte Entscheidungen. Die Nationalstaaten, selbst die größten unter ihnen, drohen zu bloßen Standorten zu werden, die um Investitionen des globalen Kapitals konkurrieren. (SPD 2007, 4)

Die Schlussfolgerung, die sich hieraus ziehen lässt, besagt, dass sich aus Sicht der SPD die Distanz zwischen den deutschen BürgerInnen und den marktverursachten Problemen stark vergrößert hat. So hat der Kapitalismus zwar weiterhin eine unschöne Seite – in Deutschland zeigt er diese jedoch nicht mehr. Im Sinne dieser Feststellung klassifizieren wir das Bild des Marktes der SPD 2007 als sozialliberal (3). 1959 sah die SPD das Kapital als zentrale Gefahrenquelle, das auf Märkten die Macht konzentriert und ökonomische Krisen verursachen kann. Diese Einschätzung entspricht in unserer Klassifizierung einer marktsozialistischen Position (5).

5.3 Der Staat und die SPD

Grundsätzlich herrscht Übereinstimmung zwischen den beiden Parteiprogrammen, wenn es um die Frage nach dem Primat der Politik und verbrieften sozialen und politischen Grundrechten geht. Beides sind unabwendbare Minima, die sich auch in ihrer taxativen Beschreibung nur unwesentlich unterscheiden:

Der Staat soll Vorbedingungen [Lohnpolitik, Mindestsicherung, Gesundheitsversorgung, Wohnraum, Anm.] dafür schaffen, daß der einzelne sich in freier Selbstverantwortung und gesellschaftlicher Verpflichtung entfalten kann. (SPD 1959, 5)

Weil wir an diesem Ziel festhalten, bestehen wir auf dem Primat demokratischer Politik und widersprechen der Unterwerfung des Politischen unter das Ökonomische. [...] Politik muss dafür sorgen, dass nicht zur bloßen Ware wird, was nicht zur Ware werden darf: Recht, Sicherheit, Bildung, Gesundheit, Kultur, natürliche Umwelt. (SPD 2007, 9)

Unterschiede sind hingegen in der Definition des konkreten staatlichen Aufgabenbereichs festzustellen. Während 1959 sowohl öffentliches Eigentum als auch keynesianische Wirtschaftspolitik als staatliche Kernaufgaben zur Sicherung der ökonomischen Entwicklung begriffen werden, ist ersteres 2007 nahezu verpönt und in Bezug auf zweiteres verwickelt sich das Hamburger Programm in augenscheinliche inhaltliche Widersprüche.

Es ist also nicht die Frage, ob in der Wirtschaft Disposition und Planung zweckmäßig sind, sondern wer diese Disposition trifft und zu wessen Gunsten sie wirkt. Dieser Verantwortung für den Wirtschaftsablauf kann sich der Staat nicht entziehen. Er ist verantwortlich für eine vorausschauende Konjunkturpolitik. (SPD 1959, 8)

Wettbewerb durch öffentliche Unternehmen ist ein entscheidendes Mittel zur Verhütung privater Marktbeherrschung. (SPD 1959, 9f.)

Der Staat kann und soll die Märkte nicht ersetzen. (SPD 2007, 25)

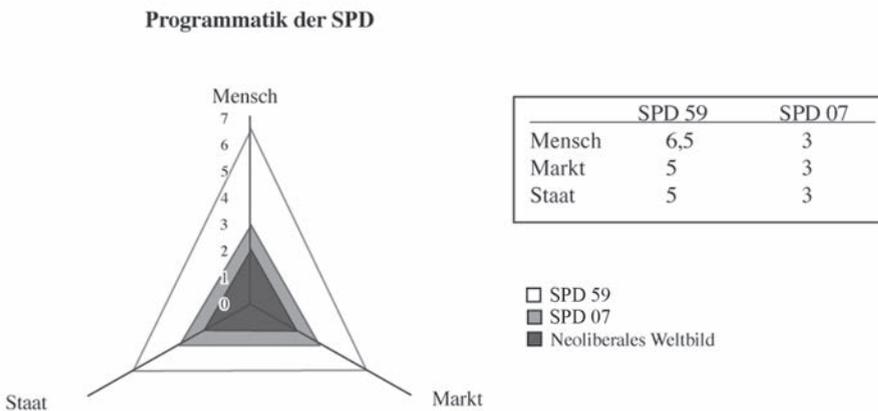
Unsere Verpflichtung gegenüber kommenden Generationen bedeutet: Wir müssen die Verschuldung der öffentlichen Haushalte senken und gleichzeitig mehr Geld in Bildung, Forschung und Infrastruktur investieren. (SPD 2007, 26)¹¹

Im Godesberger Programm (1959) zeichnet die SPD das Bild eines starken Staates, der sich zur Unterstützung seiner Ziele auch öffentlicher Unternehmen bedient. Dem folgend ergibt sich eine Kategorisierung als Wohlfahrtsstaat mit verstaatlichter Industrie (5). Im Hamburger Programm (2007) rechtfertigen vor allem der Verweis auf das Primat des Marktes und die Verwendung des Konzepts der Subsidiarität (vgl. SPD 1959, 19) als Grundlage eine Klassifizierung als liberal-sozialstaatlich (3).

5.4 SPD: Ein Überblick

Auch in der SPD sind die Bedeutungsverschiebungen in Richtung neoliberaler Tugenden und neoklassisch geprägter „Bilder der Wirtschaft“ klar erkennbar. Neben der zu erwartenden optimistischeren Sicht des Marktes überrascht vor allem die grundsätzliche Änderung im Bereich des „sozialdemokratischen Menschenbildes“ weg von der/dem emanzipationsbedürftigen ProletarierIn hin zur/zum autonomen, selbstverantwortlichen BürgerIn.

Abb. 5: Ergebnisüberblick – SPD



Auch hier zeigt sich: Die begriffliche und programmatische Distanz zum Neoliberalismus ist stark zurückgegangen und inzwischen auch hier geringer als die Distanz zum „altewürdigen“ Godesberger Programm. In diesem Sinne gilt, dass – auch wenn die Rhetorik des Hamburger

Programms sicherlich eine pointierte, bemüht „linke“ Haltung zum Ausdruck bringen soll – die Einschätzung vieler deutscher Medien, die auf Basis des neuen Programms einen „Linksruck“ der SPD konstatierten, kritisch zu hinterfragen ist.

6. Interpretation III: SP-PS

6.1 *Der Mensch und die SP-PS*

1959 befindet sich die Schweiz aus Sicht der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SP-PS) „im Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus“ bedingt durch „den Einbau sozialer Einrichtungen“, der den „Charakter der kapitalistischen Wirtschaft allmählich gewandelt“ hat (SP-PS 1959, 12). Damit einher geht auch eine sukzessive Reorientierung der Menschen auf Selbstverwirklichung in Arbeit und Freizeit; Muße wird hier zum politischen Argument:

Jeder Mensch soll unabhängig von Herkunft und Besitz seine Anlagen und Fähigkeiten frei entfalten können. (SP-PS 1959, 1)

Aller Kampf um Gerechtigkeit in materiellen Dingen hat seinen tiefsten Sinn und seine volle Rechtfertigung nur dann, wenn er der geistigen Befreiung des Menschen dient. (SP-PS 1959, 10)

Bemerkenswert, dass die SP-PS auch 23 Jahre später noch in dieselbe Kerbe schlägt, und das erstaunlicherweise sogar in einem sehr ähnlichen Tonfall:

Arbeit bietet Entfaltungsmöglichkeiten, aber Arbeit ist nicht Selbstzweck. Wir arbeiten um zu leben; wir leben nicht nur, um zu arbeiten. Arbeit soll sinnvoll sein. Sie soll Selbstverwirklichung ermöglichen. Wer Arbeit anbietet, hat die soziale Verpflichtung, interessante Arbeit anzubieten. (SP-PS 1982, 26)

Wir fragen immer häufiger nach dem eigentlichen Sinn des Lebens und der Arbeit. [...] Viele sind gezwungen, Dinge zu tun, die sie gar nicht wollen. Die Eigenständigkeit entgleitet ihnen, und in gesellschaftspolitischen Belangen sind sie sprachlos und passiv. Der Verlust an Sinn und Entfaltungsmöglichkeit führt zum Überkonsum von Prestigeobjekten und Suchtmitteln. (SP-PS 1982, 5)

Analog zum Vorgängerprogramm, aber auch parallel zu Bruno Kreiskys legendärem Diktum von der „Gesellschaft“, die „mit Demokratie durchflutet werden muss“, setzt die SP-PS auf die Emanzipation des Einzelnen mittels demokratischer Institutionen und Mechanismen:

Selbstverwaltung ist nicht nur ein Organisationsprinzip, sondern eine Grundhaltung, eine Lebensform für alle Bereiche menschlichen Lebens: Arbeit, Familie, Freizeit, Bildung, Kultur, Sozialwesen u.a. [...] Selbstverwaltung ist für uns Weg und Ziel zugleich, Methode und Utopie, Strategie und Vision. (SP-PS 1982, 12)

Das oberste Credo der SP-PS ist die individuelle Selbstverwirklichung und diejenige in der Gemeinschaft, aufgrund der augenscheinlichen Parallelen in den verglichenen Programmen werden beide als „entfaltungsorientiert“ (6) klassifiziert.

6.2 Der Markt und die SP-PS

Die SP-PS vertritt 1959 eine dezent marktsozialistische Position: „Fairer“ Wettbewerb, freies UnternehmerInnentum sind dabei ebenso legitime Instrumente wie makroökonomische Planung, gemeinwirtschaftliche Unternehmen und Verstaatlichung. Die beiden letztgenannten Instrumente sollen vor allem in Bereichen, in denen keine vernünftigen Wettbewerbsbedingungen zustande kommen, ihren Einsatz finden:

Die Wirtschaftspolitik hat durch planmässige Lenkung auf nationaler und internationaler Ebene die Vollbeschäftigung sowie eine stetige Entwicklung der Wirtschaft bei stabilem Preisniveau anzustreben; ein sinnvolles Mass an wirtschaftlichen Initiativ- und Entfaltungsmöglichkeiten ist dabei zu gewähren. Insbesondere soll die Freiheit der Wahl des Arbeitsplatzes und des Konsums gewahrt werden. (SP-PS 1959, 3)

Bei monopolistischen Unternehmungen und Organisationen sind entweder die Voraussetzungen des fairen Wettbewerbes zu schaffen, oder es sind dieselben unter öffentliche Kontrolle zu stellen oder in Gemeineigentum überzuführen. Ebenso können private Unternehmungen, deren Tätigkeit im öffentlichen Interesse liegt, in gemeinwirtschaftliche Formen überführt werden. (SP-PS 1959, 3)

1982 erscheint der SP-PS die Lage bereits eine Spur bedrohlicher: Kapitalakkumulation und der damit verbundenen Machtkonzentration in privaten Unternehmen, die den öffentlichen Raum mehr und mehr dominieren, wird das Bild einer demokratisch verwalteten und an den Bedürfnissen der Menschen (anstelle von Profitinteressen) orientierten Wirtschaftsform gegenübergestellt.

Überwindung des Kapitalismus heisst einerseits Überführung der privaten Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel unter die gesellschaftliche Kontrolle, durch Demokratisierung der Wirtschaft, durch Selbstverwaltung und demokratische Kontrolle von wirtschaftlicher Macht. (SP-PS 1982, 10)

Die ehemals revolutionären Errungenschaften, die Volksrechte, wurden abgewertet, weil nicht demokratische Stimmenmacht, sondern das den Marktmächten verflochtene Kartell von Eliten und Funktionären diesen Staat mehr und mehr verwaltet. Die Glaubwürdigkeit der demokratischen Institutionen ist in Frage gestellt. (SP-PS 1982, 6)

Um der Machtusurpation durch die Privatwirtschaft vorzubeugen, wird eine Vergesellschaftung der Betriebe angestrebt:

Auf diesen drei Wegen – über demokratische Entscheidungsfindung und Mitbestimmung, über Kapital- und Ertragsbeteiligung und über selbstverwaltete und genossenschaftliche Unternehmensformen – ebnen wir das oben und unten der heute undemokratisch strukturierten Wirtschaft ein. (SP-PS 1982, 31)

Diese Passagen zeugen interessanterweise von einer gestiegenen Skepsis gegenüber marktwirtschaftlichen Aktivitäten. Während diese 1959 noch als legitimes Mittel angesehen wurden, gelten sie hier als Bedrohung der Demokratie und müssen dementsprechend – durch sukzessive Vergesellschaftung sowohl im Sinne einer Demokratisierung als auch im Sinne der Eigentumsfrage – „überwunden“ werden.

Gemäß diesen Ausführungen wird das Programm der SP-PS von 1959 als „marktsozialistisch“ (5) klassifiziert, aufgrund der gestiegenen Skepsis gegenüber den Risiken des Marktes und dem Postulat seiner Überwindung das Programm von 1982 hingegen als „reformistisch-marxistisch“ (6).

6.3 Der Staat und die SP-PS

Beide Programme stimmen im Wesentlichen mit den Standards eines umfassenden Wohlfahrtsstaats sowie mit einer keynesianisch geprägten Wirtschaftspolitik überein. Soziale Sicherheit, Umverteilung und makroökonomische Lenkung sind daher unumstritten.

Die erforderlichen Mittel des öffentlichen Haushalts sind erster Linie durch progressive Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuern aufzubringen, da diese die Steuerpflichtigen nach ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit erfassen. Einkommen, die nur zur Beschaffung des notwendigen Lebensbedarfes dienen, bleiben steuerfrei. (SP-PS 1959, 4)

Sozialer Fortschritt ist die Verwirklichung des gesellschaftlichen Einflusses auf die wirtschaftliche Entwicklung. Politische Kontrolle mit und über den Staat ist allemal demokratischer als alleinige private Verfügungsgewalt. (SP-PS 1982, 15)

Einzig in der Rolle der ArbeiterInnenselbstverwaltung sind Differenzen sichtbar: Während 1959 genossenschaftliche Prinzipien generell „unterstützt“ werden (SP-PS 1959, 3), ist 1982 die „Einebnung der undemokratisch strukturierten Wirtschaft“ (SP-PS 1982, 3) durch das Instrument selbstverwalteter Betriebe eine zentrale Zieldimension.

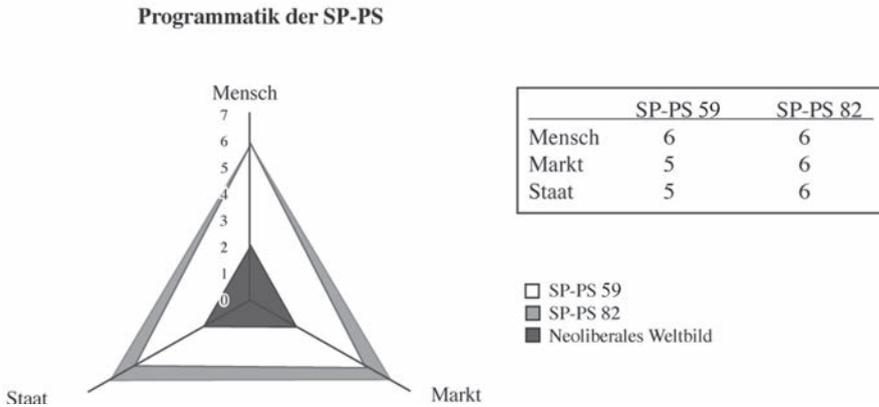
In Kombination mit den schon in Kapitel 6.2 artikulierten Parallelen der Programme betreffend der verstaatlichten Industrie ergibt sich unter Berücksichtigung des Konsenses im Bereich des Wohlfahrtsstaates die einzige Differenz in der Dringlichkeit der Forderung nach einer Demokratisierung der Wirtschaft, die sich zwischen 1959 und 1982 von „erwünscht“ auf „akut notwendig“ steigert. In diesem Sinne erfolgt die Einordnung der Zieldimensionen beider Programme als Wohlfahrtsstaat mit verstaatlichter Wirtschaft (1959, 5) und als Wohlfahrtsstaat mit vergesellschafteter Wirtschaft (1982, 6).

6.4 SP-PS: Ein Überblick

Zwischen der Analyse des Programms der SP-PS und den beiden vorherigen Analysen sind einige bedeutsame Unterschiede zu konzedieren. So unterscheiden sich nicht nur die Ergebnisse, sondern auch die politischen Strukturen und der untersuchte Zeitraum in einem relevanten Ausmaß. Letzteres ist vor allem bedingt durch die Tatsache, dass das Programm von 1982 auch das aktuelle Programm der SP-PS darstellt. Obwohl die Programme in diesem Sinne unsere Untersuchungskriterien erfüllen, ergibt sich durch das Veröffentlichungsjahr 1982, das zeitlich sicherlich vor der Hochphase der neoliberalen Hegemonie einzuordnen ist, ein etwas anderes Bild. In diesem Kontext könnte das 82er Programm auch partiell als „frühe Reaktion“ auf das Aufkommen des Neoliberalismus gedeutet werden. Wichtig ist jedenfalls, diese historischen Unterschiede in der Interpretation der Ergebnisse ausreichend zu berücksichtigen.

Bezüglich des politischen Systems der Schweiz ist anzumerken, dass das dort übliche System der Konkordanzdemokratie, in dem die Ministerien zwischen den vier größten Parteien traditionell nach einem Proporzsystem vergeben werden, auch einer Volkspartei erlaubt entschiedener Position zu beziehen als dies für sozialdemokratische Parteien in Ländern mit klassischem Verhältniswahlrecht und Koalitionsregierungen üblich ist.

Abb. 6: Ergebnisüberblick SP-PS



Die Ergebnisse unterscheiden sich von den zuvor behandelten Parteien vor allem dadurch, dass es im Fall der SP-PS zu einer Erweiterung der ideologisch-programmatischen Distanz im Vergleich zur neoliberalen Utopie kommt, die zuvorderst im Lichte der speziellen zeitlichen Lage der SP-PS interpretiert werden sollte. Das Schweizer Beispiel zeigt jedoch, dass es zumindest 1982, also noch am Beginn der neoliberalen Ära, zu einer Ausweitung marktkritischer Vorstellungen und Perspektiven kam – eine Tendenz, die sich später – zumindest außerhalb der Schweiz – umgekehrt zu haben scheint.

7. Interpretation IV: Labour

7.1 *Der Mensch und Labour*

Wie in Kapitel 3 bereits erwähnt kennt die Labour-Bewegung keine mit dem deutschsprachigen Raum vergleichbare Kultur der Grundsatzprogramme. Die Wahl-Manifestos dienen weniger dazu, die Prinzipien und Annahmen der eigenen Weltanschauung festzuhalten, sondern sind mehr als ein Arbeitsprogramm für die jeweils folgende Legislaturperiode zu verstehen. Daher gestalten sich Rückschlüsse auf das Menschenbild von Labour schwieriger als in den zuvor behandelten Fällen.

Auffallend im Manifesto von 1979 ist die doppelte Rolle der Verkürzung der Arbeitszeit und des Ausbaus der Freizeit („leisure“): Sie ist Mittel, um Vollbeschäftigung zu erreichen und Zweck, um die Lebensqualität zu erhöhen.

If full employment is to be achieved, longer holidays, time off for study, earlier voluntary retirement, and a progressive move to a 35-hour working week, must play an increasing

role during the 1980s. But these changes in the pattern of employment are not only necessary to keep jobs, but also to improve the quality of living for working people, to give them more leisure and the means to enjoy it to which their work and modern technology entitles them. (Labour 1979, 6)

Im Wahl-Manifesto von 2005 finden sich kaum Hinweise auf das zugrunde liegende Menschenbild im Sinne unserer Kriterien. Implizit baut Labour jedoch den Bezug auf die Figur des homo oeconomicus aus und stützt sich dabei auf einen passiven Freiheitsbegriff:

Our reforms to 14–19 education (see chapter 2) will raise the quality and quantity of apprenticeships and vocational education. We are now putting in place a comprehensive and ambitious strategy to help everyone get on at work. (Labour 2005, 20)

We prize the liberty of the individual; but that means protecting the law-abiding majority from the minority who abuse the system. (Labour 2005, 43)

„Leisure“ kann ins Deutsche sowohl mit „arbeitsfreier Zeit“, „Freizeit“ und „Muße“ übersetzt werden. „In a society where leisure is increasing year by year, Labour wants to make facilities for sport and leisure available to all.“ (Labour 1979, 10). Dieses Zitat deutet auf eine Interpretation von „leisure“ im Sinne von Freizeit und weniger im Sinne von Muße (Entfaltung, Selbstverwirklichung) hin. Dahinter vermuten die Autoren das Bild des homo oeconomicus, der sich seine Freizeit durch Arbeit erkaufte – unterstützt durch staatliche Infrastruktur. Daraus folgt für das Manifesto von 1979 eine Klassifizierung mit 3. Das Manifesto von 2005 gibt allgemein wenige Anhaltspunkte für das zugrunde liegende Menschenbild, weiterhin präsent ist die Figur des homo oeconomicus, der im Bedarfsfall mittels „aktivierender Sozialpolitik“ unterstützt wird (vgl. Labour 2005, 17 und Labour 2005, 57; Die Klassifizierung bleibt daher unverändert bei 3).

7.2 Der Markt und Labour

Der Markt wird schon 1979 im Vergleich zu den anderen untersuchten Parteien recht wohlwollend gesehen. Im Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik steht die Wettbewerbsfähigkeit der britischen Industrie. Die einzig legitimen Eingriffe in den grundsätzlich freien Markt sieht Labour im Bereich des Arbeitsmarktes, durch eine gestärkte Preis- und Monopolkommission und durch anti-zyklische Fiskalpolitik.

[...] we must improve our industrial competitiveness at home and abroad – and that means making sure our industries adapt to new markets and technological changes. It also means easing the costs of rapid industrial change for working people. The use of crude market forces advocated by the Tories will not and cannot achieve these changes in a way that is acceptable to the British people. What we need is a firm industrial and employment strategy from a Labour Government aimed at increasing productivity, adding to investment, and creating new jobs. (Labour 1979, 5)

Firstly, Labour will strengthen the Price Commission, giving it greater powers to initiate investigations and reduce prices. (Labour 1979, 4)

Mehr noch als 1979 positioniert sich Labour 27 Jahre später als Verfechterin und Unterstützerin des Wettbewerbs. So fordert Labour beispielsweise auch außerhalb Großbritanniens die Schaffung neuer kompetitiver Märkte im Energiebereich, der von Labour 1979 noch als souveräner Bereich der EU-Nationalstaaten gesehen wurde.¹²

Competition is a driving force for innovation. Our competition regime has been toughened with independent competition bodies and stronger penalties. (Labour 2005, 21)

We have reformed our energy markets to make them open and competitive. And we are a leading force in the campaign to make Europe's energy markets the same. [...] We will only regulate where necessary and will set exacting targets for reducing the costs of administering regulations. (Labour 2005, 22)

Der Wandel im zugrunde liegenden Bild des Marktes und seiner Einsatzbereiche tritt am klarsten in der Schulpolitik zutage. Waren 1979 private Schulanbieter noch das größte Hindernis für die positive Entwicklung des Schulsystems, wird ihnen 2005 eine „positive Tradition“ attestiert und die Möglichkeit eingeräumt, weniger erfolgreiche Schulen zu übernehmen.

Universal comprehensive education, which is central to our policy, must be completed in the 1980s. [...] Independent schools still represent a major obstacle to equality of opportunity. Labour's aim is to end, as soon as possible, fee-paying in such schools, while safeguarding schools for the handicapped. (Labour 1979, 9)

Good schools will be able to expand their size and also their influence – by taking over less successful schools. [...] Britain has a positive tradition of independent providers within the state system, including church and other faith schools. Where new educational providers can help boost standards and opportunities in a locality we will welcome them into the state system, subject to parental demand, fair funding and fair admissions. (Labour 1979, 37)

Der Markt ist für die Labour Party 1979 zwar grundsätzlich überlegen, garantiert aber nicht unbedingt Vollbeschäftigung und eine stabile Wirtschaftsentwicklung. Dieser Position folgend erfolgt eine Einordnung als sozialliberal (3), auch wenn die notwendigen Korrekturen marktlicher Aktivität weniger durch soziale Bedürfnisse, sondern stärker durch keynesianische Ökonomie geprägt sind. 2005 gilt der Markt hingegen als universell taugliches Prinzip und findet auch bei der Bereitstellung öffentlicher Güter wie Bildung und Gesundheit Anwendung, deswegen die Klassifizierung als freie Marktwirtschaft (2).

7.3 Der Staat und Labour

1979 ist das öffentliche Eigentum ein zentrales Instrument der Wirtschaftspolitik von Labour: Es schafft Arbeitsplätze, liefert „Return on Investment“ und stellt Energie zur Verfügung. Wenn der Staat ein privates Unternehmen finanziell unterstützt, soll er damit auch Eigentum erwerben. Neben den öffentlichen Gütern wie Gesundheit und Bildung soll der Staat auch in Infrastrukturbranchen als „Schrittmacher“ auftreten.

We shall expand the work and finance of the National Enterprise Board, using public own-

ership to sustain and create new jobs, and ensure that we get an adequate return on our investment. (Labour 1979, 5)

Out of public funds, we shall reserve the right to take a proportionate share of the ownership of the company [...]. (Labour 1979, 5)

We shall strengthen the democratic planning of the long-term developments of Britain's own energy sources, backed by the necessary powers, under full parliamentary control. (Labour 1979, 7)

Our aim is to abolish all charges in the NHS (National Health System, Ann.). (Labour 1979, 8)

Im Vergleich dazu wurden die Ziele und Bereiche staatlichen Handelns 2005 massiv zurückgeschraubt. Die Regierung kann nur die richtigen Rahmenbedingungen schaffen, etwa durch Infrastruktur, Bildung und ein unternehmensfreundliches Steuersystem, und damit die „wealth creators“ unterstützen. Das Ziel der Vollbeschäftigung wurde aufgegeben bzw. umdefiniert: Alle Menschen sollen grundsätzlich eine Chance auf Erwerbsarbeit haben. Öffentliche Investitionen und Beschaffung zielen darauf ab, britischen Unternehmen und Arbeitsplätzen zugutezukommen. Private Bildungs- und Gesundheitsdienstleister werden willkommen geheißen.

Government does not create wealth but it must support the wealth creators. (Labour 2005, 18)

We want a tax regime that supports British business. That is why we have cut corporation tax to its lowest ever level, introduced the best regime of capital gains tax in any industrialised country [...]. (Labour 2005, 16)

Our goal is employment opportunity for all – the modern definition of full employment. (Labour 2005, 17)

Im Manifest von 1979 wird der Staat als ein zentraler wirtschaftspolitischer Akteur gesehen, er hält auch Eigentum an Unternehmen, daher erfolgt eine Klassifizierung mit 5. 2005 orientiert sich Blair am so genannten „Fürsorgeprinzip“ staatlichen Handelns (siehe insb. Labour 1979, 57), also an einem liberalen Sozialstaatsmodell (3).

7.4 Labour: Ein Überblick

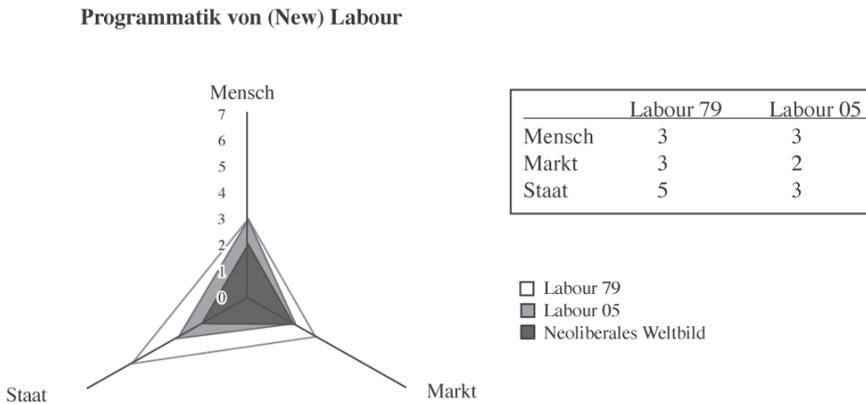
Aufschlussreich für die Interpretation ist unter Umständen eine historische Kontextualisierung: Seit 1974 ist Labour an der Regierung, die wichtigste Herausforderung für Premier Wilson, bzw. ab 1976 Premier Callaghan, war die Bekämpfung der Inflation¹³, die zu ihrem Höhepunkt 26,9 % erreichte (1975). Aufgrund der Pfund-Abwertung um 12 % im nächsten Jahr musste Callaghan einen Kredit beim Internationalen Währungsfond (IMF) aufnehmen. Bei den Wahlen 1979 ist er, nach langen Streiks und Konflikten zwischen Labour-Regierung und Gewerkschaften, dem sogenannten „Winter of Discontent“¹⁴ – der konservativen Herausforderin Margaret Thatcher unterlegen. Mit dieser Niederlage ist auch die Geburtsstunde der neoliberalen Dominanz in Europa verbunden.

In Bezug auf die Forschungsfrage kann einerseits festgehalten werden, dass Labour den neoliberalen Weg in einzelnen Bereichen (Einschätzung des Marktes, Inflationsbekämpfung, Standortwettbewerb) aufbereitet hat. Andererseits hat der auf die Wahlniederlage gegen Marga-

ret Thatcher folgende Aufstieg des Neoliberalismus auch Labour geprägt, wie die programmatischen Veränderungen in den Bereichen Markt und Staat zeigen. Diese belegen einen gewissen Mentalitätswandel, obwohl schon das Manifesto von 1979 keineswegs eine „radikale“ Programmkultur zeigte.

Analog zur Interpretation der SP-PS kann hier festgehalten werden, dass das politische System des Mehrheitswahlrechts verstärkt zu einem Kampf um die „Mitte“ tendiert und dementsprechend zu einer stärkeren inhaltlichen Angleichung der Großparteien führt.

Abb. 7: Überblick über die Programmatik der Labour-Party



Die hier vorgefundenen Resultate stimmen im Groben mit denen anderer – teilweise wesentlich umfassenderer – Studien zur Programmatik der Labour-Party überein (Driver/Martell 2006), die die Arbeit und Ausrichtung der Labour-Party in den 90er Jahren als „post-Thatcherite [politics]“ charakterisieren.

8. Abschlussbemerkungen und Schlussfolgerungen

Insgesamt ergeben die jeweiligen Inhaltsanalysen ein in sich stimmiges Bild, das letztlich deutliche Veränderungen zutage bringt: Klammern wir die Schweiz – aufgrund der zeitlichen Anordnung der Programme der SP-PS – als Sonderfall aus, so zeigt sich überall eine, wenn auch unterschiedlich starke, Orientierung an den begrifflichen und inhaltlichen Konstanten des Neoliberalismus. Die Annäherung an den Neoliberalismus erscheint dabei zum Teil umfangreicher als die verbliebene Distanz, was einiges über die Wirkmacht neoliberaler Hegemonie zum Ausdruck bringt.

Die offene Frage ist schließlich, was uns eine derartige Analyse über die gesellschaftliche Wirkung neoliberaler Hegemonie verrät. Sie zeigt zum einen, dass der Neoliberalismus in Kombination mit der neoklassischen Theorie definitiv eine hegemoniale Deutungshoheit über zentrale wirtschaftliche Begriffe erlangt hat. Eine Position wie sie etwa die SPÖ 1978 in Bezug auf die Funktion von Märkten im Wirtschaftssystem bezogen hat, würde heute als „jenseits des gesellschaftlichen Konsens“ wahrgenommen werden. Diese Entwicklung ist dabei sicherlich nicht nur durch den Neoliberalismus als Ideologie kausal verursacht, sondern auch von anderen Faktoren getragen, wie zum Beispiel das fundamentale politische Scheitern des als planwirtschaftlich gel-

tenden Gesellschaftssystem der ehemaligen Sowjetunion. Aber wo etwa das historisch sicherlich signifikante Beispiel der Sowjetunion die allzu simple Alternative zur Marktwirtschaft (Plan statt Markt!) diskreditiert hat, liefert nun die Neoklassik bzw. der Neoliberalismus die praktischen bzw. begrifflichen Alternativen. Mit der Diskreditierung der Alternative Planwirtschaft war auch die marxistisch motivierte Kritik an der Marktwirtschaft zu einem Gutteil aufgegeben worden und so wurde dem neoliberalen Bild von Markt und Staat zusehends Platz gemacht.

Diese terminologische Anlehnung an (neo)liberale Prinzipien kann auch im Lichte des schon diskutierten programmatischen Wandels innerhalb der Sozialdemokratie interpretiert werden. So scheint beispielsweise die modifizierte Verwendung des Markt- oder Staatsbegriffs aus Sicht einer Annäherung der Sozialdemokratie an christlich-soziale oder neoliberale Positionen durchaus plausibel. Unklar bleibt hingegen die Tendenz zwischen diesen Polen: Ob der partiell christlich-soziale Charakter der aktuellen sozialdemokratischen Programme Endpunkt einer Entwicklung oder bloß ein Übergangsphänomen auf dem Weg zu einem „gemeinsamen“ neoliberalen Konvergenzpunkt ist, in dessen Rahmen die britische Labour-Party eine Vorreiterrolle einnimmt, kann hier nicht mit Bestimmtheit gesagt werden. Fakt ist jedoch, dass sich die deutschsprachige und britische Sozialdemokratie weniger am Garrett'schen Postulat einer „parteilichen“, im Sinne einer traditionell umverteilungs- und gewerkschaftsorientierten, Politik (Garrett 1998) orientiert, sondern sich – zumindest implizit – stärker an ideologischen Eckpunkten des Dritten Weges ausrichtet und Markt und Staat eher als KooperationspartnerInnen denn als klassische AntagonistInnen versteht:

Reinventing government certainly sometimes means adopting market-based solutions. But it also should mean reasserting the effectiveness of government in the face of markets. (Giddens 1998, 75)

Die offensichtliche Parallele zwischen neoliberaler Ideologie und Drittem Weg ist hier die Aufwertung des Marktes in seiner Funktion als gesellschaftlicher Allokationsmechanismus. Allerdings lassen die aktuellen programmatischen Varianten des Marktbildes der Sozialdemokratie im Gegensatz zu Giddens zentrale, von der neoklassischen ökonomischen Theorie postulierte, Eigenschaften des Marktes im Wesentlichen unhinterfragt. Die Sozialdemokratie geht in ihrem Glauben an die Vorteile des Marktes partiell also noch weiter als das viel gescholtene intellektuelle Manifest des Dritten Weges (Giddens 1998). Die nur schwer zu beurteilende Frage, inwieweit das Giddens'sche Konzept hier als Türöffner für ein neoliberales Marktbild innerhalb der Sozialdemokratie fungiert hat, ist wohl eine der zentralen Triebfedern des häufig intentionalen Diskurses rund um die Sinnhaftigkeit und politische Tauglichkeit des Dritten Weges.

Stellt man sich die aus hegemonialer Sicht relevante Frage, welche Faktoren in die Entstehung eines Parteiprogrammes einfließen, lassen sich drei relevante Einflussgrößen isolieren:

- Die Ansichten der Parteispitze (im Sinne von führenden FunktionärInnen und spezialisierten ExpertInnen).
- Die Erwartungen der Parteispitze über die Ansichten der Parteibasis (so genannte „*Innenfunktion*“ von Parteiprogrammen nach Pelinka (1979); im seltenen Fall einer Einbindung der Parteibasis lässt sich auch von einem direkten Einfluss selbiger auf die Programmgestaltung sprechen).
- Die Erwartungen der Parteispitze über die Ansichten der Öffentlichkeit („*Außenfunktion*“ nach Pelinka (1979); Ziel ist freilich eine weitgehende Identifikation von Bevölkerung und Programm).

Gerade der letztgenannte Punkt ermöglicht noch eine Reihe von Überlegungen zu Natur und Form des Einflusses neoliberaler Hegemonie. So zeigen die 1980 gültigen Vergleichsprogramme aus Österreich und Deutschland beispielsweise, dass sowohl die SPÖ als auch die SPD programmatisch einer unkritischen Sicht des Marktes offensiv entgegentraten und auch versuchte dementsprechende Positionen zu popularisieren und die Bevölkerung von dieser marktkritischen Sicht zu überzeugen – ein Unterfangen, das in dieser Form heute nicht mehr zu finden ist. Man bemängelt zwar die soziale und ökologische Blindheit von Märkten in Einzelfällen, die Grundsatfrage traut man sich aber – trotz teilweise abweichender persönlicher Ansichten – nicht mehr zu stellen. Hierfür gibt die vorliegende begriffliche Analyse jedenfalls klare Befunde, die durch ein schlichtes Betrachten des alltagspolitischen Diskurses nicht in dieser Schärfe erreicht werden können. Ausgehend von der Annahme, dass diese Entwicklung nicht zuletzt von den – durch entsprechende Umfragen geprägten – Einschätzungen der politischen Eliten hinsichtlich des Weltbilds der BürgerInnen abhängen, lässt sich auch der mit Vorsicht zu genießende Rückschluss auf ein verändertes Welt- und Marktbild der Bevölkerung argumentieren:

Und wenn diese Partei, gestützt auf Ergebnisse der Meinungsforschung und anderer Analysen, zu der Auffassung kommt, bestimmte programmatische Aussagen wären für den Wahlsieg ungünstig, dann ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass solche Aussagen unterbleiben. Aber auch: Wenn diese Partei zu der begründeten Auffassung kommt, bestimmte Aussagen wären für den Wahlsieg günstig, dann ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass eben diese Aussagen gemacht werden. (Pelinka 1979, 14)

So wurde, um beim österreichischen Beispiel zu bleiben, das aktuelle Programm der SPÖ in einer Zeit verfasst, in der die politische Führung der SPÖ offensichtlich dem Ziel „die“ große Volkspartei zu werden traditionelle Ansichten unterordnete und sich entsprechend an den Wünschen der Mehrheitsbevölkerung zu orientieren versuchte.

Insgesamt lassen sich aus den Ergebnissen der Interpretation folgende Ergebnisse ablesen, die im Sinne des eingangs postulierten methodischen Szenarios eines *critical case* durchaus breite Gültigkeit haben sollten:

Neoliberal besetzte Begrifflichkeiten, bzw. konkreter neoliberale Bilder von Markt und Staat gehören zum *common sense* der politischen Sprache und sind damit ein essenzieller Bestandteil des politischen Alltagsdiskurses. Hier ist es gelungen die eigene, normativ konnotierte Begriffsauffassung gegenüber konkurrierenden Begriffserklärungen weitgehend durchzusetzen. Dementsprechend haben sich sowohl die begrifflichen Vorstellungen als auch die Programmatik der Sozialdemokratie verändert. Es zeigt sich somit auch auf einer allgemeinen Ebene, dass die Deutungshoheit über zentrale Begriffe (bzw. gesellschaftliche Bilder der Wirklichkeit) ein wichtiges Instrument hegemonialer Durchsetzungskraft darstellt.

Dies legt nahe, dass die politischen Eliten (dies muss nun aufgrund der Eigenschaften unseres *critical case* nicht nur für die Sozialdemokratie gelten, sondern vielmehr für die ganze Parteienlandschaft) die Auffassung haben, dass die öffentlich geteilte, von ExpertInnen und Medien verstärkte und in diesem Sinne gängige Vorstellung vom Markt der neoliberalen Interpretation grundsätzlich nahekommt. Aus politikwissenschaftlicher Sicht ist dieser Befund interessant, da er impliziert, dass hegemoniale Tendenzen imstande sind, programmatische Unterschiede zwischen den einzelnen Parteien abzubauen bzw. zu verwischen. Dadurch würde eine wesentliche Annahme der weitverbreiteten Parteidifferenzthese¹⁵, nämlich, dass sich Parteien im Wesentlichen aufgrund ihrer Programmatik unterscheiden und demzufolge auch entsprechend

akzentuierte Signale an die WählerInnenschaft senden, infrage gestellt, da eine erhöhte Austauschbarkeit politischer Programme einer ihrer Grundannahmen widerspricht. In diesem Sinne wäre – neben der programmatischen Konvergenz in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen – auch eine Annäherung in der wirtschafts- und sozialpolitischen Praxis keineswegs eine Überraschung. Nicht zuletzt ist auch ein möglicher Zusammenhang zwischen der hier beobachteten Parteienkonvergenz und dem Aufkommen der sogenannten „Neuen Sozialen Bewegungen“ denkbar, die ja von der Forderung nach politischen Alternativen (z.B. „eine andere Welt ist möglich“) begleitet bzw. getragen werden.

Final lässt dies auch einen vorsichtigen Schluss auf die gesamtgesellschaftliche Wirkung neoliberaler Bilder von Markt und Staat zu, die allerdings beim – institutionell gesehen eher abstrakten und daher etwas diffusen – Begriff vom Markt intensiver scheint als beim Begriff des Staates. Der Begriff des Menschen hingegen scheint sich in diesem Kontext vergleichsweise weniger gewandelt zu haben, zumal sich infrage stellen lässt, welcher Anteil der Bevölkerung die in den frühen sozialdemokratischen Programmen recht emanzipatorisch charakterisierten Menschenbilder tatsächlich geteilt hat. Im Zusammenhang mit den „Folk-Bildern der Wirtschaft“ (also der Frage nach den in der Bevölkerung verbreiteten Vorstellungen über das Funktionieren der Wirtschaft wie sie in Ötsch (2009) gestellt wird) gibt unsere Untersuchung also erste Hinweise, genaue Aussagen bedürfen aber in jedem Fall weiterer Untersuchungen.¹⁶

Unerlässlich für eine seriöse Interpretation der Ergebnisse ist jedenfalls, sich die Einschränkungen, denen selbige unterliegen, zu vergegenwärtigen. So ist eine direkte internationale oder historische Vergleichbarkeit der Ergebnisse (vor allem der numerischen Resultate) nicht gegeben. Der Grund hierfür liegt primär in den individuellen historischen und politischen Rahmenbedingungen. Jeder internationale Vergleich muss also im Einzelfall wohlüberlegt sein und auch dementsprechend begründet werden. Ebenso ist bei der Interpretation der grafischen Darstellungen und numerischen Ergebnisse besondere Vorsicht geboten.¹⁷

Wie schon erwähnt darf die vorliegende Analyse nicht in dem Sinne interpretiert werden, dass „neoliberale Hegemonie“ die zentrale Kausalität hinter den programmatischen Veränderungen ist. Freilich ist eine gewisse kausale Komponente nicht abzustreiten, dennoch sollte die vorliegende Studie in einem deskriptiven Sinne verstanden werden, d.h. als Versuch, die Veränderungen „im Sinne der neoliberalen Ideologie“ begrifflich zu erfassen.

ANMERKUNGEN

- 1 Die Grundlagen der Hegemonie-Theorie sind in Antonio Gramscis „Gefängnisheften“ zu finden; Eine brauchbare Definition zum Hegemoniebegriff findet sich in Brand/Scherrer (2003), die Hegemonie als einen „Typus von Herrschaft, der im Wesentlichen darauf basiert eigene Interessen als gesellschaftliche Allgemeininteressen zu definieren und durchzusetzen“ charakterisieren.
- 2 Im vorliegenden Szenario hat freilich nur die Lesart im Sinne von „If this is valid for this case, then it applies to all/may cases“ Gültigkeit.
- 3 Hierfür würde sowohl eine breitere Fallauswahl als auch ein umfassenderer Analysegegenstand vonnöten sein.
- 4 Eine quantitative Inhaltsanalyse von Wahlprogrammen aus 50 Ländern seit 1945 liefert das „Comparative Manifesto Project“ der Manifesto Research Group (Budge et al. 2003; Klingemann et al. 2006). Im Gegensatz dazu versuchen die Autoren hier, den Wandel der Rezeption und Interpretation der als zentral erachteten Begriffe „Mensch“, „Markt“ und „Staat“ nachzuzeichnen.
- 5 Da der Konkurrenzmarkt durch die dem entsprechenden Modell zugrunde liegenden Axiome per definitionem in einem ökonomischen Optimalzustand resultiert, kann der Staat selbst im besten – freilich aber unwahrscheinlichen – Fall nur „gerade so gut“ sein wie der kompetitive Markt.

- 6 Hans-Jürg Fehr, damaliger Präsident der SP-PS, sieht in seiner Rede „Wurzeln und Visionen“ (Fehr 2008) am Parteitag am 1. März 2008 keinen Grund „auf[zuhören], die Systemfrage (Überwindung des Kapitalismus, Anm.) zu stellen“. Neben der „pragmatischen Tagespolitik“, deren Leitlinien laufend in eigenen Programmen bzw. Positionspapieren festgelegt werden, gilt es auch, „den ganz großen Wurf zu denken, zu wünschen und zu fordern“. Eine Revision des Programms von 1982 ist gegenwärtig zumindest in Diskussion.
- 7 Da diese von der Labour-Party nicht zu erhalten waren, wurden sie von <http://www.labour-party.org.uk/manifestos/> (Stand: 20-11-07) bezogen.
- 8 Der Interpretationsbericht kann bei den Autoren angefordert werden.
- 9 Jedenfalls im Sinne des Klassenbegriffes Marx'scher Prägung wie er im 1998er Programm an anderer Stelle Verwendung findet.
- 10 In Bismarck'scher Prägung mit sozialem Frieden als wesentlicher Zieldimension („um [...] das friedliche Zusammenleben der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten“; vgl. SPÖ 1998, 20).
- 11 Der Abbau der (absoluten) öffentlichen Verschuldung ohne Steuererhöhung bei gleichzeitiger Ausgabensteigerung in anderen Bereichen kann als solcher rein rechnerisch nur durch massive Einsparungen in hier nicht aufgeführten Ausgabenfeldern finanziert werden. Dies lässt sich nur schwer mit einer Politik strategischer, staatlicher Konjunkturimpulse verbinden: „Der Staat muss durch nationale wie internationale Stabilisierungspolitik dazu beitragen, konjunkturelle Krisen zu überwinden. Die öffentliche Hand muss Geld ausgeben, damit die Konjunktur Impulse erhält und die gesamte Gesellschaft davon profitiert“ (SPD 2007, 26). Wahrscheinlich im Sinne einer Verbesserung der inhaltlichen Konsistenz wurde dieser Aufgabenbereich daher partiell an die Europäische Union verschoben: „Nach der Vergemeinschaftung der Geld- und Währungspolitik [in der EU] plädieren wir für eine wachstums- und beschäftigungsorientierte Koordination der Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik. Dazu werden verbindliche gesamtwirtschaftliche Vorgaben gebraucht.“ (SPD 2007, 16)
- 12 „Member states must be able to control and plan their own energy policies while at the same time maximizing co-operation and seeking agreement on areas of mutual interest, such as research and development“ (Labour 1979, 18).
- 13 „Nothing so undermines a nation as inflation. Not only does it make the family's task of budgeting more difficult, it is a threat to jobs and a standing invitation to our overseas competitors to invade our markets“ (Labour 1979, 4).
- 14 Im „Winter of Discontent“ 1978–79 scheiterten die Lohnverhandlungen zwischen Callaghan und den Gewerkschaften, massive Streiks waren die Folge. Obwohl die Streiks im Frühjahr beendet wurden, trugen sie wesentlich zum Wahlsieg der Tories bei (Slogan „Labour isn't working“; vgl. hierzu Butler/Kavanagh 1979).
- 15 Oder: „parties-do-matter“-These. Diese auf Hibbs (1977) basierendende These besagt, dass WählerInnen ihre Wahlentscheidungen bis zu einem gewissen Grad an der Programmatik der unterschiedlichen Parteien ausrichten, die ihrerseits wiederum einen wesentlichen Einfluss auf die Ausübung der Regierungsgewalt hat. Daher macht es aus Sicht der Parteiendifferenzthese einen Unterschied für die politische Entwicklung eines Landes, welche Parteien in der Regierung vertreten sind und welche nicht.
- 16 Wie beispielsweise eine genauere Analyse der Entstehungs- und Begründungskontexte der heute aktuellen Programme.
- 17 Zudem ist anzumerken, dass bei der Erstellung der Graphen die ordinale Skala in eine intervallskalierte Skala transformiert wurde.

LITERATURVERZEICHNIS

- Berchtold*, Klaus (1967). Österreichische Parteiprogramme 1868–1966, Wien.
- Brand*, Ulrich/Christoph *Scherrer* (2003). Contested Global Governance: Konkurrierende Formen und Inhalte globaler Regulierungen, Renner Institut, Wien, Internet: www.renner-institut.at.
- Budge*, Ian/Hans-Dieter *Klingemann*/Andrea *Volkens*/Judith *Bara*/Eric *Tanenbaum* (2001). Mapping Policy Preferences. Estimates for Parties, Electors, and Governments 1945–1998, Oxford.
- Butler*, David/Dennis *Kavanagh* (1979). The British General Election of 1979, London.
- Butterwegge*, Christoph (1998). Sozialstaat und neoliberale Hegemonie: Standortnationalismus als Gefahr für die Demokratie, Berlin.
- Driver*, Stephen/Luke *Martell* (2006). New Labour, Cambridge.
- Esping-Andersen*, Gösta (1990). Three Worlds of Welfare Capitalism, Cambridge.
- Esping-Andersen*, Gösta (1999). Social Foundations of Postindustrial Economies, Oxford.
- Fehr*, Hans-Jürg (2008). Wurzeln und Visionen. Rede am außerordentlichen Parteitag am 1. März 2008, Basel, Internet: www.hj-fehr.ch/pdfs/reden/080301_HJFehr_dt.pdf.

- Flohr, Heiner* (1968). Parteiprogramme in der Demokratie, Göttingen.
- Flyvberg, Bent* (2006). Five Misunderstandings About Case Study Research, in: *Qualitative Inquiry*, Vol. 25 (2), 219–245.
- Garrett, Geoffrey* (1998). *Partisan Politics in the Global Economy*, Cambridge.
- Giddens, Anthony* (1997). *The Third Way. The Renewal of Social Democracy*, Cambridge.
- Giddens, Anthony* (1998). *Jenseits von Links und Rechts*, Frankfurt a. M.
- Hibbs, Douglas* (1977). Political Parties and Macroeconomic Policy, in: *American Political Science Review*, Vol. 71(4), 1467–1487.
- Kersbergen, Kees van* (2003). The Politics and Political Economy of Social Democracy, in: *Acta Politica*, Vol. 38, 255–273.
- Kersbergen, Kees van/Anton Hemerijck* (2004). Christian democracy, social democracy and the continental ‘welfare without work’ syndrome, in: *Nick Ellison/Linda Bauld/Martin Powell* (Hg.): *Social Policy Review*, Vol. 16, 167–186.
- Klingemann, Hans-Dieter/Andrea Volkens/Judith Bara/Ian Budge/Michael Macdonald* (2006). *Mapping Policy Preference II: Estimates for Parties, Electors and Governments in Eastern Europe, the European Union and the OECD. 1990–2003*, Oxford.
- Labour Party* (1979). *The Labour Way is the Better Way*, Internet: <http://www.labour-party.org.uk/manifestos/1979/1979-labour-manifesto.shtml>.
- Labour Party* (2005). *The Labour party manifesto 2005: Britain forward not back*, Labour Party.
- Lakoff, George/Mark Johnson* (2004). *Leben in Metaphern, Konstruktion und Gebrauch von Sprachbildern*, Heidelberg.
- Mankiw, Gregory* (2004). *Grundzüge der Volkswirtschaftslehre*, Stuttgart
- Mayring, Philipp* (2002). *Einführung in die qualitative Sozialforschung*, Weinheim.
- Mayring, Philipp* (2003). *Qualitative Inhaltsanalyse*, Weinheim.
- Merkel, Wolfgang* (2001). The Third Ways of Social Democracy, in: *René Cuperus./Karl Duffek./Johannes Kandel* (Hg.): *Multiple Third Ways*, Amsterdam, 29–62.
- Ötsch, Walter* (2009). Bilder der Wirtschaft. Metaphern, Diskurse und Hayeks neoliberales Hegemonieprojekt, in: *Hubert Hieke* (Hg.): *Kapitalismus. Kritische Betrachtungen und Reformansätze*, Marburg, 39–68.
- Arbeitspapier Nr. 0709 des Instituts für Volkswirtschaftslehre an der Johannes Kepler Universität Linz, Linz.
- Pelinka, Anton* (1979). Funktionen von Parteiprogrammen, in: *Albert Kadan/Anton Pelinka* (Hg.): *Die Grundsatzprogramme der österreichischen Parteien – Dokumentation und Analyse*, St. Pölten, 7–17.
- Przeworski, Adam* (2001). How Many Ways Can Be Third?, in: *Andrew Glyn* (Hg.): *Social Democracy in Neoliberal Times*, Oxford, 312–333.
- Saad-Filho, Alfredo/Deborah Johnston* (2005). *Neoliberalism – a critical reader*, London.
- Schui, Herbert/Stefanie Blankenburg* (2002). *Neoliberalismus: Theorie, Gegner, Praxis*, Hamburg.
- Seeleib-Kaiser, Martin/Silke van Dyk/Martin Roggenkamp* (2005). What do Parties Want? An Analysis of Programmatic Social Policy Aims in Austria, Germany and the Netherlands, in: *European Journal of Social Security*, Vol. 7, 115–137.
- Seeleib-Kaiser, Martin* (2002). Neubeginn oder Ende der Sozialdemokratie?, in: *Politische Vierteljahresschrift*, Vol. 43(3), 478–496.
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands* (1959). *Godesberger Programm*, Internet: http://www.spd.de/show/1682029/spd_godesbergerprogramm.pdf.
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands* (1998). *Berliner Programm*, Internet: http://www.spd.de/show/1682028/spd_berlinerprogramm.pdf.
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands* (2007). *Hamburger Programm*, Internet: http://www.spd.de/show/1731549/Hamburger_Programm_final.pdf.
- Sozialdemokratische Partei Österreichs* (1978). *Das neue Programm der SPÖ*, Wien.
- Sozialdemokratische Partei Österreichs* (1998). *Das Grundsatzprogramm*, Wiener Neustadt.
- SP-PS* (1982). *Parteiprogramm*, Internet: <http://www.sp-ps.ch/index.php?id=146>.
- SP-PS* (1959). *Programm der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz*, Internet: <http://www.sp-ps.ch/index.php?id=146>.
- Stiglitz, Joseph* (2004). *Die Schatten der Globalisierung*, München.
- Ulrich, Peter* (2002). *Der entzauberte Markt. Eine wirtschaftsethische Orientierung*, Freiburg.
- Veblen, Thorstein* (1909). The Limitations of Marginal Utility, in: *The Journal of Political Economy*, Vol. 17(9), 620–636.
- Walpen, Bernhard* (2004). *Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft: Eine hegemonietheoretische Studie zur Mont Pèlerin Society*, Hamburg.
- Wilke, Gerhard* (2003). *Neoliberalismus*, Frankfurt a.M.

AUTOREN

Jakob KAPELLER, Mitarbeiter am Institut für Philosophie und Wissenschaftstheorie an der Johannes Kepler Universität Linz, Forschungsinteressen: Erkenntnistheorie, Sozialpolitik, Wandel in politischen Institutionen, heterodoxe Ökonomie und Geschichte des ökonomischen Denkens.

Korrespondenzadresse: Johannes Kepler Universität Linz, Institut für Philosophie und Wissenschaftstheorie, Freistädterstr. 315, 4040 Linz, Österreich.
E-Mail: jakob.kapeller@jku.at

Jakob HUBER, Mitarbeiter am Institut für Organisation an der Johannes Kepler Universität Linz, Forschungsinteressen: Politische Ökonomie, Sozialdemokratie, Organisationstheorien, Open Source.

Korrespondenzadresse: Johannes Kepler Universität Linz, Institut für Organisation, Altenbergerstr. 69, 4040 Linz, Österreich.
E-Mail: jakob.huber@jku.at